



Verband der Lehrer
an beruflichen Schulen
in Bayern e.V.

akzente

Berufliche Bildung
in Bayern

Unsere Themen

VLB-Fachtagung zum Thema
Kompetenzzentren

Erfahrungen mit EFQM
in der Berufsschule

i.s.i.-Gütesiegel für das
bbz-[scheinfeld]

E-Learning – eine
Herausforderung

Jahresinhaltsverzeichnis
2003



Protestaktionen ...

... wider
den Bildungsabbau
in Bayern!



HERAUSGEBER

Hermann Sauerwein, Landesvorsitzender,
Verband der Lehrer an
beruflichen Schulen in Bayern e.V. (VLB)
VLB Verlag e.V.
Dachauer Straße 4, 80335 München
Telefon: (0 89) 59 52 70
Telefax: (0 89) 5 50 44 43
Internet: www.vlb-bayern.de
e-mail: info@vlb-bayern.de

REDAKTION

Peter Thiel
Am Happach 40, 97218 Gerbrunn
Telefon: (09 31) 70 76 91
Telefax: (09 31) 70 76 91
e-mail: p.thiel@freenet.de
Martin Ruf
Nußbaumweg 9, 97084 Würzburg
Telefon: (09 31) 66 14 15
Telefax: (09 31) 6 60 72 91
e-mail: ruf@vlb-bayern.de

ANZEIGENVERWALTUNG

Geschäftsstelle des VLB Verlages e.V.
Dachauer Straße 4, 80335 München
Telefon: (0 89) 59 52 70
Telefax: (0 89) 5 50 44 43

GESTALTUNG

Gunter Czerny
Im Graben 6, 97204 Höchberg
Telefon: (09 31) 4 52 09 90
Telefax: (09 31) 4 52 75 98
e-mail: gunter.czerny@t-online.de

DRUCK

Helmut Preußler-Verlag
Dagmarstraße 8, 90482 Nürnberg
Telefon: (09 11) 9 54 78-0
Telefax: (09 11) 54 24 86

ERSCHEINUNGSWEISE UND BEZUGSPREIS

„VLB akzente“ erscheint 10 x jährlich
Jahresabonnement 30,- Euro zzgl. Versand

KÜNDIGUNG

Die Kündigung kann bis drei Monate vor
Ablauf eines Jahres beim Verlag erfolgen.

COPYRIGHT

Die veröffentlichten Beiträge sind
urheberrechtlich geschützt.
Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit
Genehmigung der Redaktion.

MANUSKRIPTE UND BEITRÄGE

Manuskripte gelten erst nach Bestätigung
durch die Redaktion als angenommen.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte
übernehmen wir keine Haftung.

Namentlich gezeichnete Beiträge, ins-
besondere Leserbriefe, müssen sich nicht
mit der Meinung des Herausgebers und
der Redaktion decken.

„VLB akzente“ wird laufend im Dokumen-
tationsdienst der Ständigen Konferenz der
Kultusminister der Länder, im Dokumen-
tationsdienst der DEUTSCHEN BIBLIOTHEK
und im Dokumentationsring DOPAED
bibliographisch nachgewiesen.

REDAKTIONSSCHLUSS

für Heft 05: 2004-03-29
für Heft 06: 2004-05-03
für Heft 07: 2004-06-14

ISSN 0942 – 6930

Themen des Tages

- 3 Wider den Bildungsabbau in Bayern!
- 3 Gemeinsame Presseaktion bayerischer Lehrer-, Eltern- und Schülerverbände
- 6 CSU-Pressepapier zum Nachtragshaushalt 2004
- 7 Spalierdemonstration in Wildbad Kreuth
- 8 Protest gegen Sparkurs hält an
- 9 MdL Walter Eykmann: Ist Huber im Reformrausch?

Bildungspolitik

- 10 Peter Thiel/Martin Ruf: VLB-Fachtagung zum Thema Kompetenzzentren
- 13 Lehrstellenbilanz 2003
- 14 Einheitlicher EU-Ausbildungsnachweis
- 15 Hans Käfler: Qualitätsmanagement – Reizwort oder Notwendigkeit?

Dienstrecht

- 18 VLB informiert über Änderungen im Beihilferecht
- 19 DBB kritisiert neue Beihilferegelung
Wolfgang Lambl: Personalversammlungen nach Bay PVG

VLB-Initiativen

- 20 Schriftverkehr mit dem Kultusministerium

Die Lehrerseite

- 21 Peter Thiel: Sisyphos, ein deutscher Lehrer?

Unterricht und Pädagogik

- 22 Hans Kraher: i.s.i.-Gütesiegel für BBZ Scheinfeld
- 23 Robert Mair: Ausbildung in den flugtechnischen Berufen
- 25 Ellen Jilg: Freisinger Wirtschaftsschüler werden für Projektarbeit ausgezeichnet
- 26 Daniela Müller: E-Learning für Industriekaufleute

VLB-Online

- 27 Heribert Mohr: Berufsschule Weiden rund um die Uhr geöffnet

Aus dem Verbandsleben

Bezirks- und Kreisverbände

- 28 Berthold Schulter: dbb vorsorgewerk weiter auf Erfolgskurs

Senioren

- 30 Berthold Schulter: dbb vorsorgewerk weiter auf Erfolgskurs

Personalien

- 31 Termine

Umschau

Für Sie persönlich

- 34 Helmut Lang: Riester-Rente – rentabel für fast alle
- 35 Helmut Lang: Sozialversicherungsdaten 2004

Letzte Seite

- 36 Lehrer Lämpel: „Ich bekenne mich schuldig“

Beihefter

Jahresinhaltsverzeichnis 2003

Titelfotos: Armin Ulbrich, Peter Missy

Aus der gemeinsamen Presseerklärung bayerischer Schüler-, Lehrer- und Elternverbände, 9. Januar 2004:

Eine historische Stunde

Wider den Bildungsabbau in Bayern!

Die von der Staatsregierung geplanten Änderungen, Kürzungen und Einschränkungen im Schul- und Bildungsbereich stoßen bei den bayerischen Lehrer-, Eltern- und Schülerverbänden auf einhellige Ablehnung, da sie zu einer deutlichen und dauerhaften Verschlechterung der Lehr- und Lernbedingungen und zu einem einschneidenden Qualitätsverlust und Abbau von Bildungschancen im bayerischen Schulwesen führen. Erstmals in der Geschichte des Freistaats beschworen die von den Maßnahmen betroffenen Verbände die Gemeinsamkeit, indem sie zusammen an die Öffentlichkeit gingen. In Gegenwart von knapp 30 Medienvertretern veranstalteten die Lehrerverbände im Bayerischen Beamtenbund, die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und die organisierte Eltern- und Schülerschaft allgemeinbildender und beruflicher Schularten Anfang Januar eine Pressekonferenz und stießen mit ihren Anliegen auf große Resonanz.

Sparmaßnahmen statt Investitionen

Die in der Regierungserklärung von Ministerpräsident Stoiber angekündigten Investitionen in die Bildung entpuppen sich in weiten Teilen als Sparmaßnahmen. Sie stehen im krassen Gegensatz zu dem bisherigen Anliegen der Staatsregierung, angestrebten Fortschritten in der Bildungsqualität klaren Vorrang vor zeitlichen und finanziellen Einsparungsüberlegungen einzuräumen.

Die vorgelegten Pläne der bayerischen Staatsregierung stellen einen Paradigmenwechsel dar. Zusagen aus der Zeit vor den Landtagswahlen werden gebrochen oder zurechtgebogen, fachwissenschaftliche Argumente bei Seite geschoben und einem populistischen Aktionismus Beifall gezollt. Alle bayerischen Lehrerverbände sowie Eltern und Schüler stemmen sich massiv gegen kurzfristige politi-

sche Hauruckverfahren. Auch wenn in den Teilbereichen wie der Lehrmittelfreiheit ein Nachdenken erkennbar ist, bleibt im Kernbereich der Versuch bestehen, die Qualität von Bildung kurzfristigen ökonomischen Interessen zu opfern.

Die Qualität des bayerischen Abiturs ist in Gefahr

Für den Bayerischen Philologenverband betonte dessen Vorsitzender Max Schmidt, sein Verband sei nicht

ne stärkere Verzahnung von Gymnasium mit Universität, Wirtschaft und Verwaltung könne in einer dreijährigen Oberstufe zu besserer Vorbereitung der Studienfach- und Berufswahl führen. So würde die Orientierungsphase zwischen Abitur und Studienbeginn drastisch verkürzt. Zusammen mit einer Einschulung, die wirklich mit 6 Jahren stattfindet, ließe sich auf diese Weise sogar eine Verkürzung der gesamten Ausbildungsdauer um mehr als ein Jahr realisieren – und das, ohne die Qualität des Gymnasiums zu verringern. Mit ihren Plänen zu einer



Die Gemeinsamkeit beschworen: Von links Thomas Illig (LEV), Ursula Walter (BEV), Hermann Sauerwein (VLB), Peter Peltzer (brlv), Max Schmidt (bpv), Albin Dannhäuser (BLLV), Lukas Hellbrügge (LSchV), Bernhard Buckenleib (KEG), Anton Lang (LEV RS), Georg Wiesmaier (GEW). Foto: Missy

gegen sinnvolle Maßnahmen, die zu einer Verkürzung der Gesamtbildungsdauer führen. Bei der überraschend angekündigten Verkürzung des Gymnasiums handele es sich jedoch um eine Pseudoreform, die zusätzliche Kosten verursache und weder eine Qualitätsverbesserung noch den erhofften Zeitgewinn bringe.

Gemeinsam mit der Landeselternvertretung der Gymnasien (LEV) und namhaften Vertretern der Wirtschaft, der Hochschulen und kirchlicher Organisationen habe der Philologenverband bereits Vorschläge gemacht: Ei-

simplen Schulzeitverkürzung gefährde die bayerische Staatsregierung nicht nur die Qualität des bayerischen Abiturs, sie handele auch gegen den Willen der Mehrheit der bayerischen Bevölkerung, wie eine vor zwei Tagen veröffentlichte Umfrage von Infratest ergeben habe.

Mehr Geld für die Bildung – mehr Zeit für Erziehung

LEV-Vertreter Thomas Lillig betonte, dass das Motto „Mehr Geld für die Bildung – mehr Zeit für Erziehung“ heute aktueller denn je sei. „Unsere

Argumente für das 9-jährige Gymnasium sind nicht widerlegt, sie sind missachtet worden“, erklärte er. Bildung sei mehr als Wissen, u.a. Persönlichkeitsbildung, Wertevermittlung, Verstärkung von Motivation und die Fähigkeit zu partnerschaftlicher Zusammenarbeit. Eine qualitätsorientierte Weiterentwicklung des Gymnasiums müsse das Fachlehrerprinzip und das Kollegstufensystem beibehalten, die Sprachenvielfalt fördern und eine stärkere Verzahnung mit den Hochschulen beinhalten. Dies heiße aber: Mehr Geld für die Bildung und nicht weniger.

Letztlich stehe der Charakter des Gymnasiums auf dem Spiel, zu dem eben unverzichtbar die Persönlichkeitsbildung mit der allgemeine Hochschulreife als Abschluss gehöre. „Ein Abitur als nur noch notwendige, aber nicht mehr hinreichende Voraussetzung für ein Studium. ist für uns nicht diskussionswürdig“, betonte Lillig.

Schüler-Engagement steht und fällt mit Lehrer-Engagement

„Die Einführung des achtjährigen Gymnasiums erfolgt überstürzt und ohne durchdachtes Konzept“ so Lukas Hellbrügge (Landesschülervertretung). „Nicht abgeschlossene Schulversuche und die kurzfristige Einführung ohne Einbeziehung der Beteiligten belegen ein wenig durchdachtes Vorgehen vor allem zu Lasten der Leistungsschwächeren. Zwangsläufig bedeute es spürbar höhere Anforderungen in allen Jahrgangsstufen, wenn der Unterrichtsstoff nun in acht Jahren vermittelt werden muss.

Die LSV befürchte, dass das G8 das Ende des außerunterrichtlichen Engagements an Bayerns Gymnasien bedeute. Persönlichkeitsbildung, eigenverantwortliches Handeln und soziale Kompetenzen werden nicht im Frontalunterricht vermittelt, sondern u.a.

durch Arbeitskreise, Wahlkurse etc. Erinnert sei auch an die vielen tausend aktiven Mitglieder unter den Schülerinnen und Schülern, die sich in Sport und Vereinen engagieren - denn auch die Mittel für sie sollen gekürzt werden.

„Die Reduzierung der schulischen Bildung auf den Frontalunterricht lassen uns eine gefährliche Tendenz der immer mehr wirtschaftlichen Ausrichtung von Schule erkennen“, so Hellbrügge. Nach der Vorstellung der Staatsregierung werde offenbar nicht mehr für das Leben, sondern für die Wirtschaft gelernt.

Arbeitsmarktpolitisch völlig kontraproduktiv?

Die Politik müsse das gesamte Bildungspotential in unserem Land ausschöpfen, sonst laufe sie Gefahr, die Zukunft zu verspielen, erklärte BLLV-Präsident Albin Dannhäuser. „So verständlich es ist, dass die nächste Generation nicht von einem Schuldenberg erdrückt werde, so notwendig ist es, mehr als bisher in Bildung zu investieren“. Junge Menschen seien auf eine solide Ausbildung angewiesen, die sie für den globalen Wettbewerb rüste. Der BLLV wehre sich energisch dagegen, dass unter dem Druck leerer Kassen die Lehrerarbeitszeit innerhalb von zehn Jahren zum dritten Mal erhöht werde. Die Grenze der Zumutbarkeit sei längst überschritten. Bereits jetzt verursa-

chen in Bayern Zwangspensionierungen von Lehrerinnen und Lehrern aus gesundheitlichen Gründen Kosten in Höhe von 250 Millionen Euro pro Jahr. Die Erhöhung der Arbeitszeit sei arbeitsmarktpolitisch völlig kontraproduktiv, weil sich da die Beschäftigungschancen für den Nachwuchs drastisch verringern. Drohende Arbeitslosigkeit schreckt Abiturienten vom Lehrstudium ab. „Wie sollen dann die aufgrund der bevorstehenden Pensionierungswelle in den nächsten 15 Jahren rund 42 000 frei

werdenden Lehrerstellen neu besetzt werden?“ fragte Dannhäuser.

Die soziale Schere öffnet sich weiter

„Jedes Kind hat dasselbe Recht auf Bildung“, betonte Landesvorsitzende Ursula Walther vom Bayerischen Elternverband (BEV). Mit dem Stoiber'schen Sparkonzept verringern sich die Bildungschancen für Kinder und Jugendliche. Sozial schwachen Familien fehle das Geld für Schulbücher und Nachhilfeunterricht, erst recht für alles, womit Kinder noch gefördert werden könnten. Kinder aus solchen Familien sind auf die Schule angewiesen. Jeder andere Schüler, der aus der Norm falle – z. B. weil er hoch begabt ist oder die falsche Muttersprache spricht – habe ebenfalls das Nachsehen. Wenn Lehrer mehr arbeiten müssen, können sie sich noch weniger um einzelne Schüler kümmern. Daran ändern auch die geplanten Intensivierungsstunden nichts – die brauche man, um den Schaden, den das aufs G8 zusammengestauchte G9 bei vielen Schülern anrichtet, einigermaßen auszugleichen. Sozialarbeiter und mehr Lehrer wären für Chancengleichheit nötig.

„Mit PISA geben sie an“

Als erschreckend bezeichnete Bernhard Buckenleib, Vorsitzender der Katholischen Erziehergemeinschaft (KEG) den Wortbruch der Staatsregierung in Sachen Arbeitszeitkonto: Die feste Zusage, dass während der Laufzeit des Arbeitszeitkontos weder offene noch versteckte Arbeitszeiterhöhungen erfolge, habe sich vollkommen verflüchtigt. Nach dem Motto „Was schert mich mein Geschwätz von gestern“ zerstöre man mutwillig eine tragende Säule der Personalführung, nämlich Vertrauen und Berechenbarkeit. Zu diesem Stil passe es, dass die bayerischen Lehrkräfte bis heute auf ein Wort ihres Arbeitgebers zu den Diffamierungen in einigen Veröffentlichungen warten. Trotz Nachfrage habe sich der Dienstherr bis heute dazu nicht geäußert und zeige damit seine tatsächliche Wertschätzung gegenüber der Arbeit sei-



ner Lehrkräfte. „Mit den Ergebnissen von PISA geben sie an, aber das Personal, das diese Ergebnisse ermöglicht hat, ist ihnen egal.“

Stillstand bei der Schulentwicklung

Fatale Folgen der angekündigten Erhöhung der Unterrichtspflichtzeit sieht auch der Bayerische Realschullehrerverband (brlv). Für Schulleben und Schulentwicklung sei ein weitgehender Stillstand vorprogrammiert, erklärte Vorsitzender Peter Peltzer. Bei einer dritten Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung innerhalb von zehn Jahren wäre die Belastungsgrenze für viele Lehrer endgültig überschritten.

Über 5 000 Lehrkräfte hatten bei der Befragung zur sog. Peinelt-Studie angegeben, im Falle einer nochmaligen Verlängerung der Unterrichtspflichtzeit auf bisher freiwillig erbrachte pädagogische Aktivitäten zu verzichten. Das betreffe Klassenfahrten, Exkursionen u. ä. aber auch zusätzliche Förderangebote, Schulfeste etc. Der Verband sieht eine „pädagogische Verarmung des Schullebens“ heraufziehen. Der brlv erinnerte an das Versprechen der Politik, während des laufenden Arbeitszeitkontos auf eine Arbeitszeitverlängerung zu verzichten.

Nachmittagsregelung nicht erforderlich

„Mit der Regierungserklärung hat die Staatsregierung auch bei den Eltern erheblich an Glaubwürdigkeit verloren“, sagte Anton Lang, Vorsitzender der Landeselternschaft an Realschulen (LEV RS). Die angestrebten Maßnahmen seien aus der Sicht der bayerischen Realschüler-Eltern „für unsere Schülerschaft nicht sehr hilfreich“. Lang stellte klar: „Wenn sich herausstellt, dass Lehrkräfte besonders unter psychischen Belastungen – ausgelöst durch zu große Klassen, abnehmende Schülermotivation und vermehrt verhaltensauffällige Schüler – leiden, dann müssen erst diese Negativfaktoren behoben werden, bevor eine weitere Arbeitszeitverlängerung diskutiert wird.“

Eine Regelung durch den Gesetzgeber, in welchem Umfang Lehrer am Nachmittag an der Schule anwesend sein müssen, hält die Landeselternschaft der bayerischen Realschulen für nicht erforderlich. Bei einer gut funktionierenden Schule bedürfe es keiner besonderen Regelungen zur Förderung und Beratung.

Ein Teil der Medienvertreter. Sowohl die „schreibende Zunft“ als auch Rundfunk und Regionalfernsehen widmeten den Anliegen der Verbände große Aufmerksamkeit.



Foto: Missy

Fehlender Lehrernachwuchs vorprogrammiert

VLB-Vorsitzender Hermann Sauerwein machte die katastrophalen Auswirkungen der angekündigten Maßnahmen auf die Motivation der Lehrkräfte deutlich: „Eine weitere Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung bei laufendem Arbeitszeitkonto ist nicht zumutbar. Die Kolleginnen und Kollegen haben seit langem ihre Belastungsgrenze erreicht. Die Person des Lehrers ist aber die stärkste Komponente im Vermittlungsprozess. Nur bei motivierten Kolleginnen und Kollegen springt der Funke auf Schülerinnen und Schüler über.“ Sauerwein gab zu bedenken: „Wie sollen wir in einer derartigen Belastungssituation junge Menschen für diesen Beruf begeistern? Schon jetzt gelingt es nicht mehr, genügend Bewerber für frei werdende Stellen an unseren Schularten zu finden. Ein eklatanter Lehrermangel hat die Berufsschulen fest im Würgegriff.“ Dringend notwendig sei eine umfassende Verbesserung der Rahmenbedingungen, damit sich qualifizierte junge Leute wieder stärker für den Lehrerberuf entscheiden. Die vorgesehene Arbeitszeiterhöhung wirke hier extrem kontraproduktiv.

„Die besondere Situation der beruflichen Schulen ist auch bei dieser Reform wieder einmal nicht berücksichtigt worden“, so Hermann Sauerwein. Der Vorsitzende sieht eine absolute Notwendigkeit, die Belastungssituation der Lehrkräfte an den beruflichen Schulen zu entschärfen. Eine erste Konsequenz der zu erwartenden Über-

lastung der Lehrkräfte bestehe darin, dass viele Lehrer die Mitwirkung an den Berufsabschlussprüfungen einstellen müssen. „Bei dieser Nebentätigkeit der Lehrer im dienstlichen Interesse können wir aus Belastungsgründen nicht mehr mitmachen.“

Außerordentliche Zumutungen – außerordentliche Maßnahmen

GEW-Vorsitzender Georg Wiesmaier sagte: „Wir wehren uns insbesondere dagegen, dass die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Zukunft 42 statt wie bisher 38,5 bzw. 40 Stunden pro Woche arbeiten sollen“. Er warnte er vor den Folgen einer Lehrer-Überbelastung. „Die Qualität des Unterrichts wird sich durch erkrankte und angeschlagene Lehrkräfte verschlechtern. Leidtragende sind hierbei die Schülerinnen und Schüler sowie die Eltern. Die Beschäftigten sollen mehr arbeiten, für die Menschen ohne Beschäftigung bleibt keine Arbeit. So bekämpfe man die Arbeitslosen anstelle der Arbeitslosigkeit. Die GEW bezweifle nicht die öffentliche Finanznot. Diese aber sei nicht über Nacht entstanden. „Außerordentliche Zumutungen erfordern außerordentliche Gegenmaßnahmen“, meinte der GEW-Chef. Seine Or-

ganisation initiere Protestaktionen und Unterschriftensammlungen und beteilige sich an solchen.

Lehrer-Arbeitsbelastungsstudie gefordert

In einem Schlussappell erklärte bph-Chef Schmidt, dass „Schule“ dauernd reformiert werden müsse, um den einerseits geänderten gesellschaftlichen Bedingungen gerecht zu werden und andererseits dem Fortschritt Rechnung zu tragen. Einer solchen Reform auf einer fundierten wissenschaftlichen Grundlage reichten alle beteiligten Gruppierungen gerne die Hand. Man brauche aber echte Investitionen in Bildung, also mehr und nicht weniger Geld. „Gestalten wir die Schule für morgen nicht nach kurzfristigen ökonomischen und parteipolitischen Interessen, sondern nach der Natur unserer Kinder und den Gesetzen des Lernens. Wir rufen die Politik zum Innehalten und zur Besinnung auf diese gemeinsame Aufgabe auf“, sagte Schmidt. Für eine erfolgreiche Umsetzung sei das Engagement aller Betroffenen notwendig. Dazu müsse man aber auch alle beteiligen.

Bei den Lehrkräften sind die Grenzen der Belastbarkeit erreicht. Dies

müsse die Politik akzeptieren. „Die abl-Verbände fordern schon seit langem eine wissenschaftliche Studie zur Lehrer-Arbeitsbelastung“. Diese müsse vorliegen, bevor über eine Erhöhung oder Neuorganisation der Arbeitszeit gesprochen werde.

Ziel jedweder Reform im Bildungsbereich sei die Steigerung der Qualität der schulischen Bildung. „Um einen Weg dahin zu finden, brauchen wir Zeit und fundierte Erfahrungen und keine Schnellschüsse“. Insbesondere die CSU-Landtagsabgeordneten seien aufgefordert, bei der Kreuther Tagung für eine stetige Verbesserung der Bildungsqualität einzutreten. Dazu nötig sei ein gemeinsames Engagement von Schülern, Lehrkräften, Eltern, Politik und den für den Bildungsbereich zuständigen Verbänden. Früchte tragen könne eine solche Kooperation aber nur, wenn eine entsprechende Vertrauensbasis besteht. Solange dies nicht gegeben ist, „werden die hier vertretenden Organisationen in den Regionen und im Land laut und vernehmlich das von der Politik einfordern, was unsere Kinder zu Recht von ihrem Staat erwarten dürfen: Eine optimale Unterstützung für ihre Bildung.“

... Steuererhöhungen für die Bürger und Unternehmen oder ein weiterer Anstieg der Neuverschuldung zu Lasten unserer Kinder und Enkel, die zusätzlich auch noch die demographische Lasten schultern müssen, werden als nur scheinbar bequemere, im Endeffekt aber für Wachstum und Beschäftigung schädliche Alternativen zu unserem Konsolidierungskurs von uns abgelehnt. Nur mit nachhaltiger Finanzpolitik können wir das Vertrauen der Bürger und Investoren erhalten ...

... Angesichts dieser Situation sind im Nachtragshaushalt 2004, aber auch im nächsten Doppelhaushalt, weitere und verstärkte Konsolidierungsanstrengungen unvermeidlich ... Wissenschaftliche Beobachtungen belegen, dass es auch in Zeiten schwachen Wachstums Konsolidierung die richtige Strategie ist. Diese Situation zwingt zu Veränderungen. In allen Bereichen gibt es Stärken und Schwächen, so dass der Einsatz der zur Verfügung gestellten Mittel kritisch überprüft werden muss. Deshalb müssen alle staatlich finanzierten Bereiche ihren Konsolidierungsbeitrag leisten, wobei nicht nach der Rasenmähermethode vorgegangen, sondern differenziert wird ...

... Im intensiven Dialog zwischen CSU-Fraktion und Staatsregierung wurden die unumgänglichen Kürzungen und deren Auswirkungen erörtert. Trotz einiger Änderungen gegenüber den ursprünglichen Überlegungen werden wir 2004 das Konsolidierungsziel von ca. 2,5 Mrd. Euro erreichen ...

... So wird auf Grund der breiten und intensiven Diskussion gerade auch mit Betroffenen, Bürgern und Verbänden von einer Reihe von Einsparvorhaben, insbesondere dem Wegfall der Schulwegkostenfreiheit oder des Landeserziehungsgelds, Abstand genommen ...

... Als Ergebnis unserer Abstimmung werden im Bereich der freiwilligen Leistungen etwa für die Sportförderung, die Jugendarbeit und die Erwachsenenbildung die Kürzungen von 30 auf 15 Prozent reduziert ...

... Weitere Korrekturen haben wir an folgenden Stellen vorgenommen:

CSU-Pressepapier zum Nachtragshaushalt 2004:

„Die Kräfte konzentrieren, um fit für die Zukunft zu bleiben“

Im Rahmen der Arbeitstagung der CSU-Landtagsfraktion in Wildbad Kreuth wurde der Presse eine Entschließung zum Nachtragshaushalt 2004 vorgestellt. Sie wurde gezeichnet von Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber, Fraktionschef Joachim Hermann, Finanzminister Prof. Dr. Kurt Falthausen und MdL Manfred Ach, Vorsitzender des Haushalts- und Finanzausschusses im bayerischen Landtag. Dem Papier entstammen u.a. folgende Aussagen:

Die Zukunftsfähigkeit unseres Landes hängt wesentlich davon ab, dass es uns auch für die kommenden Jahre gelingt, Spielräume für die Gestaltung und Weiterentwicklung Bayerns zu erhalten. Uns muss bewusst sein, dass wir uns nicht mehr leisten können, als uns zur Verfügung steht. Deshalb halten wir am Kurs der nachhaltigen Haushaltspolitik in Bayern und am gesetzlichen Ziel des ausgeglichenen Haushalts 2006 fest ...

Um den Vorrang der Bildung auch im Nachtragshaushalt 2004 zu unterstreichen, reduzieren wir den Einsparbeitrag des Kultusministeriums deutlich, so dass insbesondere bei den Personalkostenzuschüssen für die nicht-staatlichen Schulen keine Kürzungen erfolgen.

Der vorgesehene zusätzliche Einsparbetrag des Sozialministeriums wird nicht realisiert, so dass die Personalkostenzuschüsse im Kindergartenbereich auf dem bisherigen Niveau gehalten werden ...

... Unser ausdrückliches Ziel ist es, die Investitionsquote möglichst zeitnah und spürbar wieder anzuheben. Zusätzliche Verteilungsspielräume in der Zukunft sollen deshalb primär im investiven Bereich eingesetzt werden ...

... Konsolidieren, Strukturreformen und Bürokratieabbau dienen dazu, auch künftig Investitionen in politische Schwerpunktbereiche wie Familie und Betreuung, Bildung, Wissenschaft, Forschungs- und Arbeitsplatzpolitik vornehmen zu können. Damit schaffen wir für die Bürgerinnen und Bürger in Bayern Zukunftsperspektiven.

In Fortsetzung unserer bewährten kommunalfreundlichen Politik werden wir auch unsere bayerischen Bezirke, Landkreise, Städte und Gemeinden weiter massiv unterstützen. Etwa jeder fünfte Euro aus dem Staatshaushalt fließt an die Kommunen. Eine bürgerfreundliche Gesellschaft muss den örtlichen Gebietskörperschaften auch in finanzieller Hinsicht die Möglichkeiten erhalten, die Voraussetzung für ein selbst bestimmtes und aktives Miteinander sind.

Deshalb begrüßen wir die zwischen dem Staatsministerium der Finanzen und den Kommunalen Spitzenverbänden erzielte Einigung über den Entwurf des Kommunalen Finanzausgleichs 2004. Als einziges Land unterstützt Bayern die Kommunen bei der Abfederung der Ausfälle durch das Vorziehen der Steuerreform und kann so den Gemeinden trotz seiner äußerst angespannten Haushaltslage zusätzliche Mittel von 270 Millionen Euro zugestehen. <

Der VLB bei Spalierdemonstration in Wildbad Kreuth:

Verärgerte Beamte stehen im Regen

Ungeachtet der heftigen Proteste nähert sich das 2,5 Milliarden Euro umfassende Sparpaket der CSU bei der Winterklausur in Wildbad Kreuth seiner endgültigen Gestalt. Über die Sparbeschlüsse sei bereits zu 98 Prozent Einigkeit erzielt, sagte Staatskanzleichef Erwin Huber(CSU).

Noch in der Diskussion seien Sparmaßnahmen mit einem Volumen von 40 bis 50 Millionen Euro. Rund 1200

Agrarminister Josef Miller stellten sich bei strömendem Regen den verärgerten Beamten und Bauern. Ein Einknicken der CSU schloss Herrmann im Gespräch mit Journalisten aus: „Das Sparpaket kann natürlich nicht weg.“ Bayern müsse in diesem Jahr voraussichtlich mit 1,5 Milliarden Euro weniger Steuereinnahmen auskommen als ursprünglich erwartet. Dazu sagte Staatskanzleichef Huber:



„Denken Sie auch an die beruflichen Schulen, Herr Staatssekretär“. Armin Ulbrich (VLB) und Innen-Staatssekretär Georg Schmid (rechts) zusammen mit demonstrierenden Polizeibeamten.

Demonstranten protestierten bei gut einem halben Dutzend verschiedener Kundgebungen in Wildbad Kreuth gegen die Sparpläne. Auf die Straßen des oberbayerischen Ferienorts gingen unter anderem der Bayerische Beamtenbund (BBB) und die ihm angegliederten Lehrerverbände, darunter auch der VLB, der Bayerische Bauernverband, die kirchlichen Wohlfahrtsverbände Caritas und Diakonie sowie Studenten. Unterdessen warf SPD-Landtagsfraktionschef Franz Maget Ministerpräsident Stoiber vor, mit seinem rigorosen Sparkurs den beginnenden Aufschwung zu gefährden. Die Landtags-Grünen forderten mehr Geld für die Hochschulen. CSU-Fraktionschef Joachim Herrmann und

„Es gibt noch Änderungen im Detail, aber die Grundlinie steht.“ Noch nicht ganz geklärt sind demnach geplante Kürzungen im Kultusministerium und im Umweltministerium. Dabei geht es unter anderem um die Zuschüsse für Übungsleiter im Breitensport und den Hochwasserschutz.

Trotz Sparpakets wird die geplante Verringerung der Neuverschuldung um 120 Millionen Euro in diesem Jahr nicht gelingen. Wie im Jahr 2003 wird die Staatsregierung voraussichtlich erneut 350 Millionen Euro Kredite aufnehmen.

Aus der CSU-Fraktion wurde dennoch erneut Kritik laut: „Die Messlatte war für viele nicht mehr verkraftbar“, sagte der niederbayerische Sozi-



Stolz auf die starke Beteiligung: BBB-Vorsitzender Rolf Habermann (rechts) beim Interview mit dem Bayerischen Rundfunk.



Heißer Tee und Gulaschsuppe zum Aufwärmen an einem naßkalten Tag. In der „Feldküche“ von links: Wolfgang Lambl, Horst Hackel, Armin Ulbrich (alle VLB).

alpolitiker Konrad Kobler im Hinblick auf die Sparvorgaben aus der Staatskanzlei. Auch im Streit um die geplante Arbeitszeitverlängerung im öffentlichen Dienst auf 42 Stunden will die Staatsregierung nicht einlenken. Die Entscheidungen würden voraussichtlich im April und Mai getroffen werden, sagte Huber. „Das kann auf keinen Fall auf die lange Bank geschoben werden“. „Wir sind nicht die Melkkühe der Nation“, protestierten dagegen als Rinder verkleidete Beamte in Kreuth auf ihren Transparenten. Die geplante Kürzung von Urlaubs- und Weihnachtsgeld für die Beamten summierte sich auf etwa 170 Millionen Euro, sagte Beamtenbund-Chef Rolf Habermann. Für den Einzelnen bedeute dies im Schnitt den Verlust von fünf Prozent seines Jahreseinkom-

mens. Einige Einwohner der sonst ruhigen Gemeinde protestierten wiederum gegen den Protest: „Wir streiken nicht. Wir arbeiten“, plakatierte ein Kreuther Handwerker.

SPD-Landtagsfraktionschef Franz Maget sagte, das Erreichen eines ausgeglichenen Haushaltes bis 2006 sei kein ökonomisch sinnvolles Ziel. Die Streichpolitik Stoibers blende wichtige Ziele der Wirtschaftspolitik wie die Förderung des Wachstums aus. Vor allem in der Bildung dürfe nicht gekürzt werden, mahnte Maget bei der SPD-Klausur im schwäbischen Kloster Irsee. „Da wird falsches Sparen an der falschen Stelle zu einem echten Zukunftsproblem.“ Die Grünen verlangten bei ihrer Klausur in Bayreuth Planungssicherheit für Bayerns Hochschulen. -dpa-

Schönrechnereien kaschiert werden. „Haushaltspolitik à la CSU: Nichts als Kreuth und Rüben“, sagte Dürr. Als überstürzt kritisierten SPD und Grüne die geplante Einführung des achtjährigen Gymnasiums bereits zum kommenden Schuljahr.

Die Staatsbediensteten müssen nach Ansicht des Bayerischen Beamtenbunds (BBB) noch stärker als bisher geplant zu den Einsparungen beitragen. So sei die Wiederbesetzungssperre von neun auf zwölf Monate verlängert worden, rechnete BBB-Chef Rolf Habermann vor. Er forderte erneut den Verzicht auf eine Arbeitszeitverlängerung: „40 Stunden sind genug – 42 Wahlbetrug“, sagte er.

Die Landtags-CSU hatte Stoibers Sparpaket bei ihrer Klausur in Wildbad Kreuth in einer Reihe von Punkten abgemildert. Insgesamt müssen die Ministerien bei ihren Ausgaben 1,66 Milliarden statt der ursprünglich vorgesehenen rund 1,8 Milliarden Euro streichen. Das Blindengeld wird z. B. nur um 15 statt um 30 Prozent gekürzt.

Nachfolgend die Auswirkung im Hochschul- und Schulbereich.

Wissenschaft: 171,7 Mio. (5,1 %). Kräftig gekürzt wird vor allem im Hochschulbau. Beim Hochschulpersonal sollen 200 Stellen gestrichen werden.

Kultus: 125,7 Mio (1,7 %). Ministerin Hohlmeier hätte eigentlich 188 Millionen beisteuern sollen, kam aber glimpflich davon. Gespart wird unter anderem in der Jugendarbeit und Sportförderung. <

Aus der dpa-Meldung vom 15. Januar 2004:

Protest gegen Sparkurs hält an

Der Sparkurs von Ministerpräsident Edmund Stoiber stößt trotz der vereinbarten Entschärfung weiter auf Protest. Beamte, Lehrer und Blinde kritisierten nach der Klausurtagung die CSU Haushaltsbeschlüsse von Wildbad Kreuth. SPD-Landtagsfraktionschef Franz Maget erklärte, die beschlossenen Kürzungen stünden in

krassem Gegensatz zu Stoibers Versprechungen vor der Landtagswahl. Das gelte besonders für die Einsparungen im Bildungsbereich.

Nach den Worten von Grünen-Fraktionschef Sepp Dürr hat Stoiber sein selbst gestecktes Sparziel von 2,5 Milliarden Euro nicht erreicht. Dies solle nun durch Luftbuchungen und

Der Ausschuss-Vorsitzende zeigt einmal mehr Zivilcourage!

Walter Eykmann: Ist Huber im Reform-Rausch?

Kritik an längerer Arbeitszeit nur für Beamte

Von unserem Münchner Korrespondenten
HENRY STERN

MÜNCHEN Nach den heftigen Protesten gegen Sparpaket, Verwaltungsreform und Verkürzung der Gymnasialzeit droht Bayerns Staatsregierung nun auch im „eigenen Haus“ massiver Ärger: Denn die geplante Arbeitszeitverlängerung im öffentlichen Dienst wird entgegen früheren Versprechen von Ministerpräsident Edmund Stoiber Beamte wohl doch härter treffen als Angestellte.

„Es läuft alles auf einen kleinen Gleichklang hinaus“, formuliert Reformminister Erwin Huber beschönigend. Im Klartext: Noch im Frühjahr will das Kabinett die Arbeitszeit für Beamte von 40 auf 42 Stunden anheben. Gleichzeitig will Bayern nach dem nächsten Treffen der Ministerpräsidenten Ende März aus der Tarifgemeinschaft der Länder austreten. Das Land kann dann mit dem Ziel der Arbeitszeit-Verlängerung den von Finanzminister Kurt Faltlhauser erst vor gut einem Jahr verhandelten Tarifvertrag für die Angestellten kündigen.

Der Haken dabei: Zeigt sich die Gewerkschaft ver.di kompromisslos – wovon derzeit auszugehen ist – gilt die Arbeitszeit von 38,5 Stunden pro Woche auf Grund der rechtlich fixierten „Nachwirkung“ für die bestehenden Angestellten-Verhältnisse

weiter. Und bei Neueinstellungen könnte sich der harte bayerische Kurs gar als Mitgliederwerbung für die Gewerkschaft entpuppen: Wer dabei einen ver.di-Ausweis vorweisen kann, muss nämlich im Sinne der „Nachbindung“ ebenfalls nur 38,5 Stunden arbeiten. Für neu eingestellte Nicht-Gewerkschafter gälte dagegen eine längere Arbeitszeit.

„Alles andere ist aus rechtlichen Gründen leider nicht möglich“, erklärt Huber dieser Zeitung. An der Arbeitszeitverlängerung noch in diesem Jahr werde aber dennoch nicht getüfelt: „Daran führt kein Weg

vorbei.“ Doch der Widerstand auch in den eigenen Reihen gegen die überstürzt und undurchdacht kritisierte Reformpolitik wächst: „Ich fühle mich schon etwas über den Tisch gezogen“, bekennt etwa der Würzburger CSU-MdL Walter Eykmann, Vorsitzender des Ausschusses Öffentlicher Dienst. Noch in seiner Regierungserklärung habe Stoiber schließlich erklärt, die Mehrarbeit für Beamte und Angestellte könne nur „im Gleichklang“ erfolgen. „Auf dieser Basis tragen wir das auch mit“, so Eykmann. Nun aber stelle sich heraus, dass Beamte schon im Sommer dreieinhalb Stunden pro Woche mehr arbeiten sollen als Angestellte. „Dafür gilt unsere Unterstützung mit Sicherheit nicht.“

Staatskanzleichef Erwin Huber befinde sich inzwischen offenbar „in einem Reform-Rausch“, echauffiert sich Eykmann und bemüht ein fränkisches Sprichwort: „Wenn die Katze übereilt gebiert, dann gibt es blinde Junge.“ Auch „schlechten Stil“ wirft Eykmann Stoibers Staatskanzlisten vor: So habe das Kabinett etwa „über den Kopf der CSU-Fraktion hinweg“ eine Verlängerung der Wiederbesetzungssperre für öffentliche Planstellen von neun auf zwölf Monate beschlossen. Den zuständigen Abgeordneten würden solche Neuigkeiten dann nur „so nebenbei mitgeteilt“, zürnt Eykmann und kündigt massiven Widerstand im Landtag an: „So geht das einfach nicht.“



Walter Eykmann kritisiert Pläne der Staatsregierung. FOTO MP

Main-Post Würzburg, 26. Januar 2004

Gefragt in diesen schwierigen Zeiten ist die Solidarität aller Kolleginnen und Kollegen. Der VLB appelliert an Sie persönlich: Wenden Sie sich direkt an Ihre regionalen Mandatsträger und stellen Sie diesen die Situation an den beruflichen Schulen in aller Deutlichkeit dar!

Der VLB dankt dem Vorsitzenden des Landtagsausschusses für den Öffentlichen Dienst, Herrn MdL Prof. Dr. Walter Eykmann, für dessen entschiedenes Eintreten gegen eine Arbeitszeiterhöhung für Beamte im Freistaat Bayern.

Noch vor der Landtagswahl 2003 konnten wir von Ministerpräsident Edmund Stoiber u.a. hören:

- „Es wird keine Verlängerung der Arbeitszeit geben, wie z. B. in BadenWürttemberg der Fall“.
- „Man wird sehen, dass die bayerischen Beamten im Ländervergleich von Einsparungen am allerwenigsten betroffen sind“.
- „Bayern wird am Ende mit den besten Regelungen für Beamte dastehen“.

Soll das heute alles nicht mehr gelten? Das böse Wort von „Wahllügen“ macht bereits die Runde im Lande. Ist es gerechtfertigt?

Wir setzen dennoch auf die Aussagen der Staatsregierung, dass Bildung die höchste Priorität erhalte. Wir vertrauen weiterhin darauf, dass alles getan wird, um die Rahmenbedingungen an der beruflichen Schulen wesentlich zu verbessern. Dies betrifft z. B.

- die Mitwirkung von Lehrkräften bei den Berufsabschlussprüfungen im Rahmen der Dienstzeit,
- die Ausweitung der Altersteilzeit als Maßnahme zur Gesunderhaltung der Kolleginnen und Kollegen und vieles andere mehr.

VLB-Fachtagung zum Thema Kompetenzzentren in Ingolstadt:

Ein Landtagsbeschluss und seine Folgen

PETER THIEL / MARTIN RUF

Es herrscht Verunsicherung unter den Lehrerinnen und Lehrern beruflicher Schulen im Lande. Dies nicht nur wegen der aktuellen Sparpolitik, sondern auch wegen der Umsetzung eines Beschlusses, den der bayerische Landtag bereits im April 2001 getroffen hatte.

Der Hintergrund

Damals wollte man die Weichen stellen zur Flurbereinigung des beruflichen Schulwesens im Freistaat. Anlass waren die z. T. drastischen Veränderungen der Berufe, aber auch eine Schullandschaft, die den Verhältnissen der 80-er Jahre entsprach, dem heutigen Schülerstand hingegen nicht mehr gerecht wird.

Die Kernaussage des genannten Landtagsbeschlusses lautet: „Ziel ist (...) die Zusammenfassung beruflicher Schularten zu beruflichen Kompetenzzentren für Aus- und Weiterbildung (berufliche Schulzentren) sowie die Strukturierung nach fachlichen Schwerpunkten.“

Mit der Umsetzung wurden die Bezirksregierungen beauftragt, welche im Benehmen mit den kommunalen Spitzenverbänden, den Landkreisen und kreisfreien Städten, den Berufsschulen, Kammern und Arbeitsämtern regionale Schulentwicklungspläne und einvernehmliche Lösungen schaffen sollten.

Seit drei Jahren nun macht der Begriff „Kompetenzzentrum“ die Runde und verursachte, da es mit „einvernehmlichen Lösungen“ so eine Sache ist, manche Irritation. Dies u. a. deshalb, weil – die beruflichen Schulen unterliegen bekanntlich einer gesplitteten Aufsicht – nur deren eine Seite (die Regie-

Am Podium von links: Moderator Alexander Liebel (VLB), MdL Marianne Schieder (SPD), VLB-Landesvorsitzender Hermann Sauerwein, Mdgt. Hans-Wilhelm Thomé (Kultusministerium), MdL Siegfried Schneider (CSU).



rungen) initiativ werden sollte und sich damit die „Reformabsichten“ weitestgehend auf die Berufsschule konzentrierten.

Synergien durch eine vertikale Gliederung

Der VLB – nach wie vor energischer spiritus rector einer Strukturveränderung – hat hingegen andere Vorstellungen. Er sieht in einer Strukturreform nur dann einen Sinn, wenn alle beruflichen Schulen, also auch die studienqualifizierenden (BOS und FOS) und die berufsqualifizierenden (Fachakademien, Meister- und Technikerschulen) einbezogen werden. Der Verband verweist auf beträchtliche Synergieeffekte, die sich ergeben, wenn gleiche Fachrichtungen unter einem Dach sind. „Die Gemeinsamkeit von Elektrolehrlingen und den FOS-Schülern der Technik beispielsweise

sind ungleich größer, als zwischen den FOS'lern der Technik und des Sozialbereichs“, betont VLB-Landesvorsitzender Hermann Sauerwein seit Jahren immer wieder.

Der Landtag forderte von der Staatsregierung einen Zwischenbe-

richt dazu an, was bislang geschehen ist in Sachen Kompetenzzentren. Dieser liegt jetzt vor und war für den VLB mehr oder minder Anlaß zu einer Fachtagung, welche die Thematik erneut ins Bewußtsein rücken und ihr neuen Aufschwung geben sollte.

Diese Tagung fand Mitte Januar statt. Veranstaltungsort war das Klinikum Ingolstadt. Auf dem Podium saßen Mdgt. Hans-Wilhelm Thomé als Vertreter des Kultusministeriums, MdL Siegfried Schneider (CSU), Vorsitzender des Landtagsausschusses für Bildung, Jugend und Sport sowie MdL Marianne Schieder (SDP), bildungspolitische Sprecherin ihrer Fraktion. Die Moderation lag in den Händen von Alexander Liebel (VLB).

BAYERN Innung Main-Spessart
Der Schulstreit ist noch nicht beendet

Berufschul-Zentren und die Folgen
IHK-Vertreter: Die Region würde ausbluten

„Ausbildungsstellen sind gefährdet“
Obermeister zu „Kompetenzzentren“

Zerreißprobe für Berufsschulen
Regierung will „Kompetenzzentren“ – Azubis fahren meilenweit

Lehrjahre werden zu „Wanderjahren“
Stadt will Nachbesserungen

Bei Berufsschulreform: »Belange von Schülern und Lehrern berücksichtigen«
Stadt Würzburg grundsätzlich dafür; – Pranghofer: »Regierung mauert«

»Volkswirtschaftlicher Wahn auf Kosten der Steuerzahler«
Unmut über Umbau unterfränkischer Berufsschulen

Schlagzeilen aus der Tagespresse

VLB-Landesvorsitzender Hermann Sauerwein stellte zu Beginn der Runde nochmals dar, wie es zu dem legendären Landtagsbeschluss gekommen war: „Ein riesiger Modernisierungsschub rollte damals auf die beruflichen Schulen zu, so dass eine Flurbereinigung der Schullandschaft unausweichlich schien“. Nicht allerorten aber sei man bislang im Sinne der Maßnahme verfahren. Nach dem Motto „meine Tante – deine Tante“ behinderten vielerlei Egoismen sowohl schüler- als auch sachgerechte Lösungen.

„Die weiterführenden beruflichen Schulen gehören selbstverständlich dazu“

Mdgt. Thomé stellte fest, dass die Planungen zur Umsetzung des Landtagsbeschlusses bis 2004 und die Umset-



Zuversichtlich im Hinblick auf vernünftige Lösungen: Mdgt. Hans-Wilhelm Thomé.

zung selbst bis 2008 abgeschlossen sein sollen.

Im Brennpunkt der Reformbestrebungen stehe das fachliche Profil der einzelnen Schule. „Die weiterführenden beruflichen Schulen gehören da selbstverständlich dazu“, sagte Thomé. Das Problem der Minderklassen dürfe allerdings mit dieser Profilbildung nicht vermischt werden, ein Ausbluten der Provinz sei unter allen Umständen zu vermeiden. Es komme darauf an, der Sogwirkung von Ballungsräumen entgegen zu wirken. Die

Umsetzung des Landtagsbeschlusses stehe im Spannungsfeld von zukunftsträchtiger Berufsbildung und verfügbarer Ressourcen, sagte Thomé und ging auf einige kritische Aspekte ein:

- Aus der Forderung nach wohnortnaher Beschulung, die u. a. im Interesse der ausbildenden Wirtschaft ist, ergibt sich eine entsprechende Akzeptanz von Minderklassen, ggf. aber auch der Blockbeschulung, „wenn die Klassenstärke gar nicht mehr vertretbar ist“.
- Die Verlagerungen von Berufsberreichen könne zu Abordnungen, zumindest aber zu Teilabordnungen von Lehrkräften an andere Schulen führen. Dies aber sollte nur der Fall sein, „wenn’s wirklich nicht mehr anders geht“.
- Aufgrund ihrer Investitionen erwarten die Schulträger verständlicher Weise möglichst gleichbleibende Schülerzahlen. Dies könne man zwar anstreben, aber nicht garantieren.

„Wir arbeiten auf steinigem Acker“

Eingebettet werden müssen die genannten Problemlagen in die bayerische Verkehrsstruktur. Die bundesweite Tendenz zu immer stärkerer beruflicher Spezialisierung bezeichnete Thomé als kontraproduktiv. Im Hinblick auf eine sinnvolle Umstrukturierung der beruflichen Schulen ergeben sich daraus beträchtliche Schwierigkeiten.

Alles in allem stimmen die bisherigen Ergebnisse bei der Umsetzung des Landtagsbeschlusses optimistisch, meinte Thomé, wenngleich es noch einige schwierige Fälle gebe. „Wir arbeiten auf steinigem Acker, hoffen aber auf fruchtbare Erträge“, fasste er die Lage zusammen.

„Nicht gerade vergnügungssteuerpflichtig“

Synergieeffekte, eine Strukturierung mit fachlichen Schwerpunkten und langfristige Entwicklungsperspektiven für den ländlichen Raum, das waren die Vorstellungen, die den Landtag damals zu seinem Beschluss veran-



Bei der Umsetzung mehr Konsens erwartet: MdL Siegfried Schneider (CSU).

lassten, meinte MdL Siegfried Schneider in seinem Statement.

Bei der Umsetzung gehe es leider meist weniger um Schüler als um Schülerzahlen, kritisierte er und verwies auf vielerlei individuelle Interessen, die die Strukturreform erschweren. Der Landtag habe sich jedenfalls mehr Konsens vorgestellt. „Im Wahljahr 2003 waren die Diskussionen um die Kompetenzzentren nicht gerade vergnügungssteuerpflichtig“, meinte Schneider.

Bedingt durch den zunehmenden Theorieanteil bleiben bei der Berufsausbildung immer mehr junge Menschen auf der Strecke, was man bei der Umstrukturierung nicht aus dem Auge verlieren dürfe.

Der Berufsdifferenzierung nicht hinterherlaufen

Die Sozialdemokraten im bayerischen Landtag standen dem Kompetenzzentren-Konzept zunächst skeptisch gegenüber, meinte MdL Marianne Schieder, weil sie darin eher ein Stück Rotstift-Politik sahen.

Die größten Probleme bei der Umsetzung ergeben sich ihrer Meinung nach in den ländlichen Regionen; dort sei ein beträchtlicher Schülertourismus zu erwarten, der auch viele Minderjährige treffe. Die Bestrebungen sollten also dahin gehen, möglichst wohnortnah zu beschulen. Für unan-

gebracht hält sie es, dass die Schulen der starken Berufsdifferenzierung hinterherlaufen. „Die Berufsschule sollte sich eher auf die Grundlagen konzentrieren“, sagte sie. Die fachliche Spezialisierung sei Sache des Betriebs.



Die größten Probleme ergeben sich im ländlichen Raum: MdL Marianne Schieder (SPD).

Einzelaspekte in der Diskussion

An die Statements schloss sich eine Aussprache an, die von großer Betroffenheit der Beteiligten zeugte. Kristallisationspunkte dabei waren u. a.:

Die Frage nach vertikaler oder horizontaler Gliederung von Kompetenzzentren. „Wir brauchen beides“, meinte Mdgt. Thomé, fügte allerdings hinzu, dass er ein vertikal gegliedertes Zentrum für die Idealform halte, eine Position, der sich auch MdL Schneider anschloss. Den Aspekt der Weiterbildung „trägt die CSU-Fraktion selbstverständlich mit“, meinte Schneider, „denn wenn wir dies nicht gewollt hätten, hätten wir es nicht in den Beschluss hinein geschrieben“.

Wenn vertikale Lösungen in Bayern nicht ganz so einfach sind, dann habe dies historische Gründe, erklärte Thomé. Bis in die späten 70-er Jahre hinein waren die Berufsschulen zumeist in kommunaler Trägerschaft; die damals entstandenen weiterführenden beruflichen Schulen wurden als staatliche Einrichtungen eigens etabliert. Heute werden Neugründungen unter gemeinsamer Leitung in bestehende berufliche Schulen integriert. Vorbehalte gebe es freilich gegenüber

extrem großen Zentren, bei denen die Überschaubarkeit verlorengelut und die pädagogische Führung deshalb in Frage steht.

Massiv gefordert wurde auch eine gemeinsame Aufsicht für alle beruflichen Schulen. Beide Parlamentarier



Plädoyer für Berufsfachschulen: Am Mikrophon Hans-Joachim Kaiser, Bad Kissingen.

sprachen sich für eine solche Vereinheitlichung aus, um im Hinblick auf die Gestaltung vertikal gegliederter Schulzentren Reibungsverluste zu vermeiden.

„Ein bißchen Frankreich haben wir auch schon“

Aus dem Kreis der Teilnehmer erging der Appell an die Staatsregierung, sich im Zusammenhang mit der Bildung von Kompetenzzentren und im Hinblick auf den Lehrstellenmangel stärker noch als bisher um Berufsfachschulen zu bemühen, wie sie in anderen europäischen Ländern an der Tagesordnung sind. Diese sollten dann mit der dualen Ausbildung in Wettbewerb treten.

Mdgt. Thomé verwies auf bereits vollzogene Initiativen des Ministeriums und sagte: „Ein bißchen Frankreich haben wir auch schon in Bayern“.

Blockunterricht für die Berufslosen

Eine gewisse Eigendynamik erhielt das Thema „Jungarbeiter“. Insgesamt rund 10 000 junge Leute ohne Ausbildungsplatz gebe es derzeit in Bayern,

hieß es. Für diese seien Teillösungen über ein- oder zweijährige Berufsfachschulen anzustreben, um ihnen zumindest Grundqualifikationen zu vermitteln. Eine Möglichkeit zur Konfliktentschärfung bestehe auch darin, für schulpflichtige Berufslose Blockun-

terricht zu organisieren. Generell sei zu differenzieren zwischen jungen Leuten, die zwar berufsreif sind, aber noch keine Stelle gefunden haben und solche, denen die Berufsreife noch fehlt.

Investitionen mit Augenmaß tätigen

Anliegen wie die Stärkung des ländlichen Raums, die Überlebenschancen ländlicher Schulen sowie Minderklassen nahmen auch in der Diskussion einen breiten Raum ein. Vorgaben für die Auflösung von Außenstellen gebe es nicht, sagte Thomé. Investitionen für Kompetenzzentren sollten – trotz aktuellem Bedarf – nicht unter Zeitdruck und nur auf Grund solider Konzepte getätigt werden.

„Keine Sieger und keine Verlierer“

Zum Schluss der Vormittagsrunde appellierte Thomé nochmals an den Konsensgedanken und an die Kooperationsbereitschaft aller Beteiligten. „Ich bin zuversichtlich im Hinblick auf vernünftige Lösungen. Es soll keine Sieger geben und keine Verlierer“, sagte er.

Unterschiedliche Erfahrungen in den Bezirken

Standen am Vormittag die grundsätzlichen Fragen mit den Vertretern aus Politik und Kultusministerium auf dem Programm, so bot der Nachmittag Gelegenheit zu einer Bestandsaufnahme über die Situationen in den Regierungsbezirken. Alle Bezirke waren präsent u. a. durch Vertreter der Schulaufsicht, Schulleiter oder Personalvertreter. So konnten die unterschiedlichen Sichtweisen und Erfahrungen in die Diskussion eingebracht werden.

Die Planungsphase, hieß es, sei querbeet so gut wie abgeschlossen und 2004/05 könne mit der konkreten Umsetzung begonnen werden. Zwischen den Bezirken allerdings lassen sich – was das bisherige Ergebnis betrifft – erhebliche Unterschiede feststellen. So war in den Erfahrungsbeiträgen von nahezu harmonischer Zusammenarbeit ebenso die Rede wie von fast unüberbrückbaren Hindernissen.

Der Reformgedanke ist weitestgehend akzeptiert

Die nachmittägliche Diskussion war bestimmt von dem bereits am Vormittag angesprochenen Aspekten, wobei die Thematik „Gastschulbeiträge“ hinzukam und einen breiteren Rahmen einnahm. Feststellungen wie „unser Bezirk denkt jetzt in Regionen“ u. a. lassen vermuten, dass die Notwendigkeit zur Veränderung der Schulstruktur „draußen“ weitestgehend akzeptiert ist, und dass sich die Zeit der „Grabenkämpfe“ ihrem Ende zuneigt.

Die Bezirksregierungen sollten sich jetzt an einen Tisch setzen, den bisherigen Entwicklungsstand diskutieren, die positiven Aspekte herausfiltern und – zusammen mit den Betroffenen – versuchen, bezirksübergreifend ein für alle Beteiligten trag- und entwicklungsfähiges Grundmuster zum weiteren Vorgehen zu erarbeiten.

Die sich immer mehr zuspitzende öffentliche Finanzsituation wirke allerdings belastend, wurde konstatiert. Sie hänge wie ein Damoklesschwert über den Schulträgern und erschwere jegliche Entscheidung. Als Ausweg

aus der Schieflage bietet sich u. a. die Lösung über einen Zweckverband an. Positive Erfahrungen damit gibt es bereits, z. B. in Passau.

Einige Denkanstöße aus dem Plenum verdienen es, weiterverfolgt zu werden, z. B. dass an eine Schule für Elektro- und Metalltechnik eine Mono- (auch Minder-) Klasse Mechatroniker angegliedert werde, damit ein echtes Technikzentrum entsteht. Empfohlen wurde auch, die „Sprengelgrenzen weicher“ zu gestalten oder bundes- bzw. landesweite Sprengel an Schulen in der Region und nicht in den Ballungszentren anzusiedeln.

Resumée

„Berufliche Bildung ist ein dynamischer Prozess, der von allen Seiten Flexibilität verlangt“, sagte VLB-Landesvorsitzender Hermann Sauerwein am Ende der Tagung und fasste den Stand der Dinge zusammen:

- Die Umsetzung des Landtagsbeschlusses ist in den bayerischen Bezirken unterschiedlich fortgeschritten.
- Angestrebt wird ein Konsens zwischen den Betroffenen, zwischen den beruflichen Schulen einerseits und dem Dualpartner sowie den Kammern andererseits. Ein solcher Konsens ist – wie die bisherige Entwicklung zeigt – alles andere als selbstverständlich.

- Ganz entscheidend ist es, dass alle beruflichen Schulen und damit auch die Weiterbildung in die Reform einbezogen werden. Die vom VLB geforderte vertikale Lösung, die bereits an etlichen Schulen im Lande verwirklicht ist, sollte noch mehr Akzeptanz erhalten.
- Ein weitreichender Schülertourismus muss vermieden werden. Ein Teil der volljährigen Schüler benutzt den PKW zum Schulweg, woraus sich ein erhöhtes Gefahrenpotential ergibt.
- Gewachsene Schulstrukturen dürfen nicht zerschlagen werden. In einer Zeit, da der Euro dreimal umgedreht wird, bevor man ihn ausgibt, müssen bestehende Schuleinrichtungen so verantwortbar wie möglich genutzt werden.

Zwei Aspekte – das sei mit einem kritischen Seitenblick abschließend noch festgestellt – kamen bei der Tagung nicht genügend zur Sprache: Die Betrachtung der Strukturreform sowohl aus dem Blickwinkel der Schüler als auch der Kolleginnen und Kollegen im Lande. Letztlich kann an einem solchen „Wochenend-Arbeitstag“ aber nicht alles bewältigt werden. Die Teilnehmer jedenfalls stimmten darin überein: Es besteht weiterhin Gesprächsbedarf. <

Lehrstellen-Bilanz 2003:

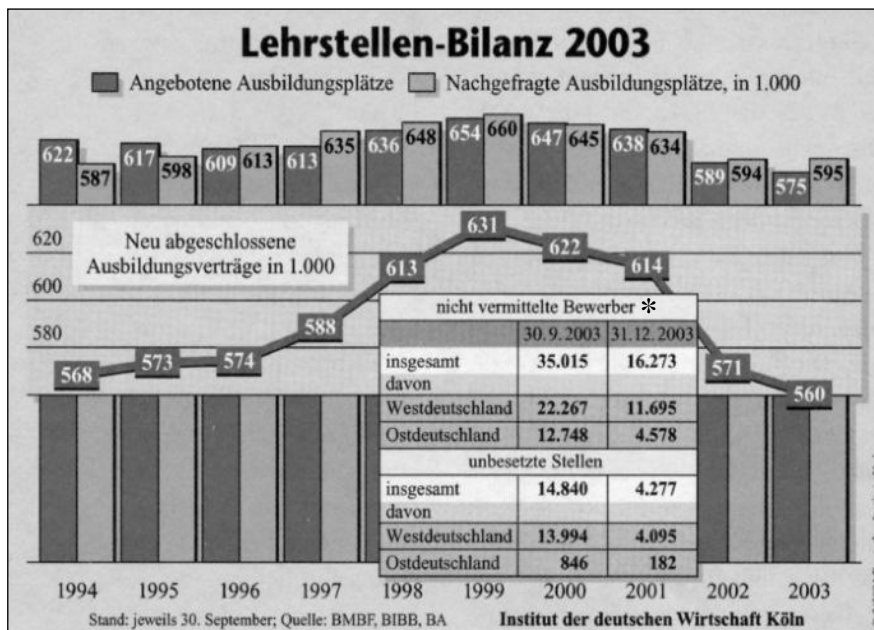
Erfolgreicher Endspurt

Vor dem Hintergrund der schwachen Konjunktur war der Ausbildungsmarkt im vergangenen Jahr ein schwieriges Pflaster. Die Nachvermittlung brachte jedoch bis zum Jahresende 2003 rund 19000 der im September leer ausgegangenen Jugendlichen unter. Das Interesse junger Menschen an einer Berufsausbildung wird auch 2004 groß bleiben.

Massiver Stellenabbau, Höchstzahl an Insolvenzen – 2003 war das Jahr der

Negativrekorde. Dies ging am Ausbildungsmarkt nicht spurlos vorbei, die Zahl der angebotenen Ausbildungsplätze schrumpfte (siehe Grafik): Das Lehrstellenangebot verringerte sich im vergangenen Jahr um 15 000 auf etwa 575 000 Plätze. Die Nachfrage blieb mit 595 000 Bewerbern stabil.

Rund 560 000 junge Leute begannen am 1. Oktober eine Lehre, immerhin 94 Prozent aller Bewerber. Zum Start des neuen Ausbildungsjahres



waren rund 35 000 junge Menschen unversorgt.

Allerdings zeigte sich der Ausbildungsmarkt zum Jahresende freundlicher, als viele Schwarzseher noch im Frühjahr erwartet hatten, denn im vierten Quartal haben die Unternehmen noch einmal Gas gegeben: In der Nachvermittlung seit September kamen noch 19 000 Bewerber unter. Fast 4 300 Ausbildungsplätze blieben unbesetzt.

Damit ist die „Lehrstellenlücke“ zum Jahresende auf knapp 12 000 zusammengeschmolzen.

Der Lehrstellenrückgang hat verschiedene Ursachen. So machen die jungen Leute um manche Berufe einen weiten Bogen – Ladenhüter sind etwa die Ausbildung zum Fachverkäufer im Nahrungsmittelhandel oder der Beruf des Zahnmedizinischen Fachangestellten. Mancher Lehrherr bietet daher schon gar keinen Ausbildungsplatz mehr an. Zudem drückte die Konjunktur auf das Ausbildungsengagement, wenn auch in West und Ost nicht gleichermaßen:

- Trotz aller Probleme hatten es junge Leute in Westdeutschland leichter, bei einem Unternehmen zu punkten. Auf 100 Bewerber kamen 98 Lehrstellen.
- Im Osten wetteiferten 100 Aspiranten um 91 angebotene Stellen.

Sämtliche Sektoren taten sich mit dem Nachwuchstraining schwer:

- Bei den Freien Berufen gab es 49 408 neue Verträge. Das waren 7,2 Prozent weniger als 2002.
- Bei Bund, Ländern und Gemeinden begannen 13 800 junge Leute eine Ausbildung – 6,6 Prozent weniger.
- Im Handwerk gab es 168 257 neue Azubis – ein Minus von 5 600 oder 3,2 Prozent gegenüber 2002. Hier schlägt vor allem die Krise am Bau und im Mittelstand zu Buche.
- In Industrie und Handel bremste die schwache Wirtschaftslage ebenfalls den Ausbildungseinsatz – wenn auch nicht so stark. Es wurden 308 565 Verträge abgeschlossen, 2 743 bzw. 0,9 Prozent weniger als 2002.

* Für Bayern bedeutet dies, dass zum Stichtag 30.09.2003 3541 und am 31.12.2003 1615 nicht vermittelte Bewerber übrig blieben. Es konnten also auch hier im Rahmen der Nachvermittlungsaktion weitere Ausbildungsstellen besetzt werden, bzw. Kapazitäten durch Maßnahmen der Arbeitsverwaltung geschaffen werden.

Der Ausbildungsjahrgang 2004 steht vor der Tür: Die Zahl der Schulabgänger wird in 2004 laut BiBB um ca. 1,6 Prozent, das sind 9 500 Jugendliche, steigen. Für die ostdeutschen

Länder ist eine Abnahme von ca. 1 000 Jugendlichen vorhergesagt, während im Westen ca. 10 000 Jugendliche mehr eine Lehrstelle suchen.

Wir appellieren schon heute an die Verantwortlichen in Politik und Unternehmen, alles zu tun, um mehr Lehrstellen zu schaffen, insbesondere müssen auch lernschwache junge Menschen eine Chance erhalten.

Das Trauerspiel vom letzten Jahr sollte sich nicht wiederholen. Die letztendliche Verantwortung für ausreichende Ausbildungsplätze liegt beim Staat. Ein Ausbau der Berufsfachschulen in Regionen Bayerns mit grossem Lehrstellenmangel scheint zwingend erforderlich. *HS / iwd*

EU-Kommission schlägt einheitlichen Ausbildungsnachweis vor

Die Europäische Kommission hat einen einheitlichen Nachweis für Berufsausbildungen vorgeschlagen. „Es ist oft schwierig, sich bei einem Arbeitgeber im Ausland mit seinen Diplomen, Zeugnissen und anderen Kenntnissen vorzustellen“, sagte EU-Bildungskommissarin Viviane Reding in Brüssel. Der so genannte „Europass“ soll dies künftig vereinfachen und Erläuterungen zu Berufsabschlüssen und Hochschuldiplomen sowie den europäischen Lebenslauf und Angaben über berufliche Auslandserfahrungen enthalten.

Die standardisierte Form des „Europasses“ soll es ausländischen Arbeitgebern erleichtern, die Qualifikationen eines Bewerbers zu erkennen. Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) unterstützte die Initiative im Grundsatz. Dabei müssen die hoch stehenden deutschen dualen Berufsabschlüsse auf EU-Ebene sachlich richtig dargestellt werden und eingeordnet werden können.

Ein Kommissionsprecher räumte ein, dass die Bildungsabschlüsse mit dem „Europass“ nicht vereinheitlicht würden. *-dpa-*

Qualitätsmanagement – Reizwort oder Notwendigkeit?



HANS KÄFLER

Das System Schule hat sich immer schon auf neue Herausforderungen eingestellt. Die Veränderungsgeschwindigkeit der schulischen Rahmenbedingungen war allerdings noch nie so hoch wie derzeit und diese Veränderungen beziehen sich auf fast alle Felder schulischen Handelns. Dieser Artikel soll eine Möglichkeit aufzeigen, wie auf der Schulebene auf diese Systemänderungen geantwortet werden kann.

Während der Begriff „Schulentwicklung“ bei den meisten Lehrkräften durchaus positiv besetzt ist und so gut wie an jeder staatlichen Schule in Bayern Anstrengungen unternommen werden, diese „zu entwickeln“, stößt der Begriff „Qualitätsmanagement“ häufig auf Zurückhaltung oder gar Ablehnung. Ich möchte begründen, warum, zumindest an großen Berufsschulen, an einer systematischen Organisationsentwicklung, und nichts anderes ist QM, kein Weg vorbei führt. Außerdem möchte ich skizzieren, wie mit EFQM¹⁾, erfolgreich gearbeitet werden kann.

Systemisch gesehen ist Schule ein sehr stabiles Gebilde. Der wichtigste Grund dafür ist m. E. der hohe Grad an Unabhängigkeit der Lehrkräfte. Die dadurch entstandenen vielen kleinen überlagerten Regelkreise, lassen das System elastisch auf äußere Ein-

flüsse reagieren und sorgen so insgesamt für die notwendige hohe Stabilität. Auch die Qualität unseres Schulsystems kann sich durchaus sehen lassen. Unabhängig von den bei PISA entdeckten Mängeln hat das deutsche Schulsystem seine grundsätzlich hohe Qualität dadurch längst bewiesen, dass Deutschland trotz weitgehend fehlender Rohstoffe eine weltweit führende wirtschaftliche Position einnimmt. Wir wären ohne die anerkannt hohe Kompetenz unserer Ingenieure und Fachkräfte wohl kaum Exportweltmeister. Die Qualität des deutschen Schulwesens ist aber nicht in seinen vielen Vorschriften, sondern ausschließlich in der ausgezeichneten Qualifikation seiner Lehrkräfte begründet, welche sich mit ihrem Beruf in hohem Maße identifizieren. Die Lehrkräfte, die ich kenne, haben durchwegs ein hoch entwickeltes Verantwortungsbewusstsein für die ihnen anvertrauten Schüler. Nur dadurch war bisher überhaupt eine effektive Inputsteuerung über Lehrpläne möglich.

Das Schulsystem in seiner gegenwärtigen Form ist über mehrere hundert Jahre gewachsen. Seine Strukturen haben sich entwickelt und sich dabei wie bei jedem gewachsenen System an veränderte Bedingungen angepasst. Dabei ist es, wie alle natürlichen Systeme, vielfältig, kleinstrukturiert, kompliziert, komplex und anpassungsfähig geworden. Wie natürliche Systeme reagiert auch das System Schule langsam, aber sensibel und nicht immer sofort optimal auf veränderte Rahmenbedingungen. Bei natürlichen Systemen wissen wir, dass eine zu hohe Veränderungsgeschwindigkeit zum Kippen des Systems führen kann, mit unvorhersehbaren Auswirkungen an unerwarteten Stellen. Wie die meisten übrigen Lebensbereiche, haben sich auch die Rahmenbedingungen für Unterricht in den letzten Jahren er-

heblich und mit zunehmender Geschwindigkeit geändert. Dazu einige Beispiele aus dem Umfeld der Berufsschulen:

Beispiel Lehrpläne: Die Änderung der Lehrpläne im Zusammenhang mit der Neuordnung der Elektroberufe von 1987 hat ca. 12 Jahre gehalten. Bei einer Implementationsdauer von vielleicht 3 Jahren blieben anschließend 9 Jahre Zeit für Optimierung des auf diesen Lehrplänen basierenden Unterrichts inklusive der selbstverständlichen Einbindung in der Zwischenzeit neu entwickelter Technologien. Auch hierbei hat sich übrigens die hohe Kompetenz der Lehrkräfte bewährt. Inzwischen hat sich die Geltungsdauer der neu eingeführten Lehrpläne auf weniger als 3 Jahre verringert. Kaum implementiert – schon ist der neue da! Für Optimierungen bleibt keine Zeit mehr. Mit den Inhalten hat sich nunmehr auch die Struktur der Lehrpläne geändert. Lernfelder bedeuten eine zusätzliche Dimension bei der Veränderung. Neben der Umsetzung der neuen Inhalte sind jetzt auch neue Formen von Lernarrangements zu kreieren.

Gleichzeitig und davon abhängig werden bewährte Unterrichtsmethoden entwertet. Zumindest wird das von vielen Lehrerinnen und Lehrern subjektiv so empfunden und führt zu Verunsicherung.

Beispiel Prüfungen: Die Verwischung der Grenzen zwischen den betrieblichen und schulischen Aufgaben im dualen System führt zu begründeten Befürchtungen, dass neue, nicht ausgereifte Prüfungsformen zu unangemessenen Ergebnissen führen, wie das beispielsweise bei den IT-Berufen über Jahre hinweg der Fall war.

Beispiel Auszubildende: Neben den angeführten eher inhaltlichen Veränderungen haben Lehrer aller Schularten verstärkt auch mit veränderten Persönlichkeitsstrukturen ihrer Schüler zurechtzukommen. Im Vergleich mit Hollywood ist der interessanteste Unterricht chancenlos.

Mit immensem Aufwand gestaltete Computerspiele konkurrieren mit der Schule um die begrenzte Aufmerksamkeit der Schüler.

Nahezu unbegrenzte Zugangsmöglichkeiten zu Schund jeder Art im Internet überfordern junge Menschen (und oft nicht nur sie) bei einer altersgerechten Entwicklung ihrer Persönlichkeit.

Dazu kommt eine in sämtlichen Medien gepredigte Bedrohung der persönlichen Zukunft junger Menschen (Stichwort Rente).

Dass das Erziehungssystem namens Eltern damit längst nicht mehr zurecht kommt und die Rettung von den Profis der Schule fordert ist nachvollziehbar.

Das System Schule ist, wie die wenigen Beispiele zeigen, einer enormen Veränderungsgeschwindigkeit der Rahmenbedingungen ausgesetzt. Notwendig wäre es jetzt vor allem, die Stabilisatoren des Systems, die einzelnen Lehrkräfte, zu stärken. Dazu wären Unterstützungsmaßnahmen auf allen betroffenen Feldern nötig. Inhaltlich – methodische ebenso wie moralisch – ethische. Leider übt sich die Politik und ganz besonders die Spitzenpolitiker in erster Linie darin, die Resignationsresistenz der Lehrkräfte zu testen, anstatt sich um die Ressourcen für die notwendigen Anpassungsprozesse zu bemühen.

Nach diesem Ausflug auf die Veränderungsautobahn im System Schule nun zurück zum Thema QM. Die Akteure auf Schulebene werden an den oben beschriebenen Herausforderungen wenig ändern können. Wenn das System aber trotz Überforderung weiter gut funktionieren soll, dann muss es selbst schneller werden. In der Industrie werden in solchen Fällen häufig alle möglichen Strukturen neu geordnet, koste es was es wolle; manchmal sogar die Existenz. Dieses Vorgehen scheint mir in der Schule nicht angebracht zu sein. Es geht vielmehr um eine systemerhaltende, die Stärken

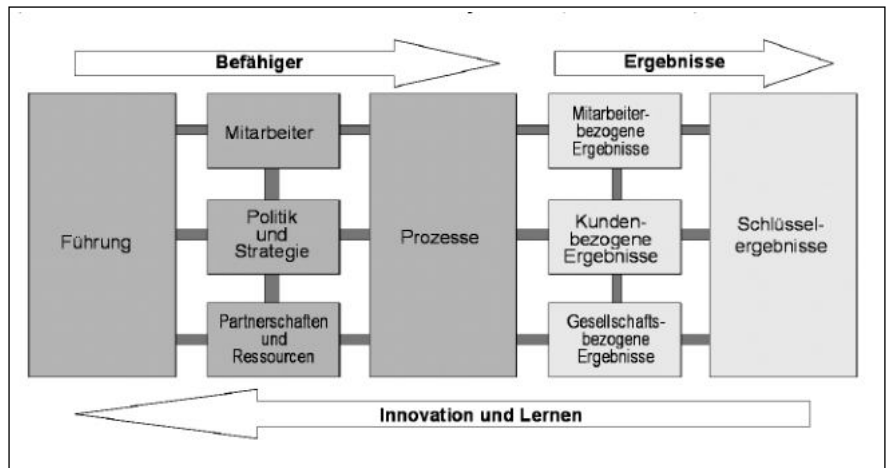


Abbildung 1: Die neun Kriterien des EFQM-Systems.

bewahrende evolutionäre Optimierung.

Die wesentliche Stärke ist, wie eingangs schon beschrieben, das Lehrpersonal. Dieses „Pfund“ gilt es u. a. durch Fortbildung zu stärken und durch Rationalisierung zu entlasten. Im Gegensatz zu leichtfertigen Behauptungen auch von Verbandsvertretern unseres Dualpartners haben die allermeisten Lehrkräfte die Notwendigkeit lebenslangen Lernens längst verinnerlicht und für sich umgesetzt. Es gilt deshalb, der vorhandenen Fortbildungsbereitschaft mit qualifizierten Angeboten auf allen Ebenen zu begegnen. Dies bezieht sich ebenso auf inhaltliche Angebote wie auf Angebote für Teamentwicklung oder Verbesserung von Kommunikationsstrukturen, die mehr Feedback und kollegiale Beratung ermöglichen. Es müssen aber auch jene Verfahren optimiert werden, die zur Entlastung der Lehrkräfte und zur Konzentration auf das „Kerngeschäft“ Unterricht beitragen. Betätigungsfelder sind dabei in Verwaltungsabläufen ebenso zu finden wie beim Thema „Wissensmanagement“. Nicht zu vergessen ist ein gutes Arbeitsklima, das auch bei hohen Stressfaktoren zur Arbeitszufriedenheit beitragen kann. Falsch wäre es jedenfalls, obrigkeitlich und normierend in die von den Lehrern selbst verantworteten Unterrichtsabläufe einzugreifen. Vielmehr sind die vorhandenen Selbstentwicklungskräfte zu stärken, was insbeson-

dere heißt: Engpässe und Hindernisse beseitigen. Damit und mit einem über Teamstrukturen enger gekoppelten Kollegium kann die Reaktionsgeschwindigkeit des Systems hoffentlich so weit gesteigert werden, dass es nicht zu kippen beginnt.

Wir brauchen also eine QM-Methode, deren Ziel nicht in der Festbeschreibung von Abläufen liegt, sondern in einer Analyse der Stärken, die es zu stabilisieren und der Verbesserungsbereiche, die es anzupacken gilt. Die Methode muss transparent sein und auf Konsens basieren, damit sich das Kollegium mit den Ergebnissen und Maßnahmen identifizieren kann. Sie muss in ihren Auswirkungen flexibel sein, um die existierende Belastungssituation berücksichtigen zu können. Sie muss zu bleibenden Verbesserungen führen, was auf Dauer nur über Kreisprozesse möglich ist. Sie muss Entwicklungen aufzeigen, um langfristige Veränderungen zu erkennen. Sie muss die Diagnose der gesamten Organisation leisten und auch außerhalb der Schule, insbesondere beim dualen Partner, akzeptiert sein.

Diese Forderungen erfüllt das EFQM-System. Ursprünglich für große Industriebetriebe entwickelt, ist es inzwischen für Zahnarztpraxen ebenso wie für Finanzämter und soziale Organisationen angepasst worden. Seit Jahren wenden es auch Gymnasien und Berufsschulen erfolgreich an. Es

folgt trotz der Kompliziertheit im Detail – deshalb ist Unterstützung von außen notwendig – insgesamt einem sehr einfachen Ansatz, der dem Kreislauf aller TQM – Konzepte entspricht:

1. Die qualitätsrelevanten Daten sammeln.
2. Aus diesen Daten die Stärken und Verbesserungsbereiche identifizieren.
3. Die Verbesserungsbereiche nach Bedeutung priorisieren.
4. Verbesserungsmaßnahmen entwickeln und umsetzen.
5. weiter bei 1.

Grundlage für die Datenrecherche bilden die Kriterien des EFQM – Systems. (siehe Abb. 1).

Die Kriterien 1 bis 5 auf der linken Seite der Grafik stellen die „Schrauben“ an denen man „drehen“ kann, um bei den Ergebniskriterien 6–9 auf der rechten Seite zu „punkten“. Abhängig von den Ergebnissen werden in einem kontinuierlichen Verbesserungsprozess (kvp) die Verfahren der Kriterien 1–5 verbessert.

Die Schwierigkeit des Systems liegt in der Komplexität der vielfach untergliederten und miteinander vernetzten Kriterien. Um hier den Überblick zu behalten ist zumindest am Anfang externe Expertise notwendig. Die Dif-

ferenziertheit und der hohe Abstraktionsgrad des Modells sind andererseits Voraussetzung, um komplexe Systeme wie beispielsweise Berufsschulen abbilden zu können.

Um eine Organisation analysieren zu können, müssen zuerst die relevanten Daten erhoben werden. Diese Datenrecherche erfolgt durch Teams, die sich um mindestens ein Befähigungskriterium kümmern und auch die zugehörigen Ergebnisse erheben. Dabei wird festgehalten, welche Vorgehensweisen existieren, ob sie umgesetzt und ggf. verbessert werden. Defizite werden als Verbesserungsbereiche festgehalten.

Bei der Selbstbewertung (Dauer ca. 2 Tage) werden von einem geschulten 15 – 20-köpfigen Team die Resultate der Datenrecherche aufgearbeitet, ergänzt und auf einer Hunderter-Skala nach vorgegebenen Maßstäben bewertet. Damit ist es möglich, die Entwicklung der Organisation über Jahre hinweg deutlich zu machen. Anschließend werden die Verbesserungsbereiche nach Moderationsregeln geordnet und nach Bedeutung gereiht. Je nach Belastungssituation im Kollegium werden die dringendsten Verbesserungsbereiche ausgewählt und Verbesserungsmaßnahmen entwickelt. Diese Maßnahmen werden mit frei zu-

sammengestellten Projektteams umgesetzt. Auf diese Weise können immer neue Kolleginnen und Kollegen in den Prozess einbezogen und die aktive Basis verbreitert werden. Über die unterschiedlichen EFQM-Projekte, die seit 1999 an der Staatlichen Berufsschule I, Passau angegangen wurden, informiert Abb. 2.

EFQM hat an unserer Schule nicht nur Befürworter. Nur ganz wenige Kollegen haben sich wieder zurückgezogen, nachdem sie einmal aktiv eingebunden waren. Kritik kommt in erster Linie von Lehrkräften, die sich auf Grund ihrer subjektiven Belastungssituation nicht zusätzlich für Schulentwicklung engagieren wollen. Diese Haltung ist ernst zu nehmen und grundsätzlich zu akzeptieren. Lehrer sind nun einmal stark belastet und müssen selbst entscheiden, ob sie über Reserven für Schulentwicklungsmaßnahmen verfügen. Vergessen wir nicht: Kernprozess ist der Unterricht. Hier müssen die Kräfte mobilisiert werden. Trotzdem sollte man sich, um ein Bild zu gebrauchen, immer wieder einmal überlegen, ob ein Teil der Energie nicht in das Schärfen der Sense investiert werden sollte, wenn das Mähen immer schwerer geht. <

¹⁾ EFQM steht für European Foundation for Quality Management.

Jahr	1999	2000	2001	2002	2003
Anlass	Leitsätze	MV kobas Lernortkooperation	1. Selbstbewertung Verbesserungsbereiche 01/02	2. Selbstbewertung Verbesserungsbereiche 02/03	3. Selbstbewertung Verbesserungsbereiche 03/04
Themen	Erstellung und Verabschiedung der Leitsätze unserer Schule	Lernortkooperation <ul style="list-style-type: none"> • Abstimmung von Lehr- und Ausbildungsplänen • Lernortübergreifende Projekte 	<p><i>Unterrichtsqualität</i></p> <ul style="list-style-type: none"> • Checklisten für Klassleiter • Schülerbefragung <p><i>Führungsverantwortung</i></p> <ul style="list-style-type: none"> • MA-Gespräche • Führungskräfte-Feedback • MA-Befragung <p><i>Betriebe und Partnerschaften</i></p> <ul style="list-style-type: none"> • Betriebebefragung und • Info über EFQM-Prozess 	<p><i>Unterrichtsqualität</i></p> <ul style="list-style-type: none"> • Überarbeitung des Schülerfragebogens • Stundenpool für D, Sk im Intranet <p><i>Mitarbeiterzufriedenheit</i></p> <ul style="list-style-type: none"> • Transparenz der Anrechnungstunden • Dezentralisierung der Aufsichtspläne • „Handbuch für neue Kollegen 	<p><i>Unterrichtsqualität</i></p> <ul style="list-style-type: none"> • „Lernen lernen“ ○ Lerntechniken ○ Präsentation, Dokumentation ○ Intranet als Wissensforum <p><i>Führungskräfte</i></p> <ul style="list-style-type: none"> • Überarbeitung des Tätigkeitsprofils • Führungskräfte-Workshop <p><i>Strategie</i></p> <ul style="list-style-type: none"> • Erarbeitung eines Schulprogramms

Abbildung 2: EFQM-Projekte an der Staatlichen Berufsschule I, Passau.

Der VLB informiert seine Mitglieder:

27. Änderung der Beihilfevorschriften des Bundes dbb-Info vom 19. 12. 2003

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, die Bundesregierung hat am 17. 12. 2003 die 27. Änderung der Beihilfevorschriften für Beamte des Bundes zum 1. Januar 2004 verabschiedet.

Vom 1. Januar 2004 an gelten bei den Beihilfen für Beamte des Bundes in Krankheitsfällen im Wesentlichen die gleichen Leistungsänderungen wie für Versicherte in der gesetzlichen Krankenversicherung. Mit der Neuregelung sollen die Änderungen des Gesundheitsmodernisierungsgesetzes (GMG) wirkungsgleich auf die Beihilfen der Beamten übertragen werden: Die Änderungen gelten nur für die Beamten, Richter und Versorgungsempfänger des Bundes, da die Länder ihr Beihilferecht selbständig regeln.

Die wesentlichen Änderungen der Beihilfevorschriften des Bundes sind der nachstehenden Aufstellung zu entnehmen:

• Abzugsbeträge

- Bei Arznei- und Verbandmitteln Hilfsmitteln (soweit keine Höchstbeträge festgesetzt sind) sowie Fahrtkosten vermindern sich die beihilfefähigen Aufwendungen um 10 %, mindestens aber um 5 Euro, höchstens um 10 Euro, jedoch nicht mehr als die Kosten des Mittels selbst. Das bedeutet, dass ein Arzneimittel, das z. B. 3 Euro kostet, selbst bezahlt werden muss. Bei einem Arzneimittel im Wert von 50 Euro beträgt der Abzugsbetrag 5 Euro, bei einem im Wert von über 100 Euro beläuft sich der Abzugsbetrag auf 10 Euro.
- Bei Krankenhaus und Kuraufenthalt beträgt der Abzugsbetrag 10 Euro pro Tag. Dieser Abzugsbetrag ist bei Krankenhaus- und „Anschlussheilbehandlungen“ auf höchstens 28 Tage jährlich be-

grenzt. Bei Krankenhausaufenthalten wird außerdem für Wahlleistungen täglich.

- Bei häuslicher Krankenpflege beträgt der Abzugsbetrag 10 Euro je Verordnung plus 10 % der Gesamtkosten.
- Entsprechend der Praxisgebühr in der gesetzlichen Krankenversicherung wird bei der Inanspruchnahme eines Arztes Zahnarztes oder Psychotherapeuten für den Beihilfeberechtigten und seine berücksichtigungsfähigen Angehörigen jeweils ein Pauschalbetrag von 20 Euro pro Jahr abgezogen.
- Die genannten Abzugsbeträge fallen in bestimmten Fällen nicht an, z. B. bei Kindern bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres, Schwangeren, bei Vorsorgeuntersuchungen oder wenn beihilfefähige Höchstbeträge festgesetzt sind.

• Belastungsgrenzen

Erreichen die Abzugsbeträge in der Summe eine Belastungsgrenze von 2 % des jährlichen Bruttoeinkommens bzw. bei chronisch Kranken 1 %, entfallen sie ab diesem Zeitpunkt für den Rest des Jahres. Für berücksichtigungsfähige Ehegatten und für Kinder werden bei der Berechnung des Einkommens Freibeträge abgezogen.

• Leistungsausschlüsse

- Nicht verschreibungspflichtige Arzneimittel sowie sonstige, in der gesetzlichen Krankenversicherung nicht mehr verordnungsfähige Arzneimittel sind grundsätzlich nicht mehr beihilfefähig. Für eine Übergangszeit, d.h. bis zur Verwendung einer zentralen „Registriernummer“ in Apotheken, bleiben die alten Regelungen gültig, allerdings

mit den neuen Abzugsbeträgen. Bereits jetzt sollten Beihilfeberechtigte die Apotheken bitten, auf die Rezepte die Pharmazentralnummer aufzudrucken.

- Brillen sind nur noch für Kinder bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres und bei sehr schwerwiegenden, in den Beihilfevorschriften bezeichneten, Erkrankungen beihilfefähig.

• Beihilfe im Todesfall

Die Beihilfe zu den Bestattungskosten entfällt künftig.

• Beihilfe zur Säuglings- und Kleinkinderausstattung

Diese Leistung wird künftig nicht mehr gewährt.

• Fahrkosten

Fahrkosten zur ambulanten Behandlung sind nur noch ausnahmsweise beihilfefähig, Verlegungen zwischen Krankenhäusern sind nur aus zwingenden medizinischen Gründen oder mit vorheriger Genehmigung der Beihilfestellen beihilfefähig.

• Beihilfe zu Sterilisationen und künstlicher Befruchtung

Die Beihilfeansprüche für Aufwendungen bei Sterilisationen und künstlicher Befruchtung werden entsprechend den neuen Regelungen in der gesetzlichen Krankenversicherung eingeschränkt.

• Zahnersatz (ab 1.1.2005)

Ab 1. 1. 2005 sind die Material- und Laborkosten für Zahnersatz nicht mehr wie bisher zu 60 %, sondern zu 40 % beihilfefähig.

• Neue Leistungen

In Anlehnung an das Recht der gesetzlichen Krankenversicherung sind künftig Mutter (Vater)/Kind-Kuren sowie Hospizaufenthalte beihilfefähig. Außerdem wird die Inanspruchnahme von Leistungen in Mitgliedstaaten der Europäischen Union erleichtert. <

Inhaltsverzeichnis 2003



Thema des Tages	Heft / Seite
Sauerwein Herrmann: Zum Jahreswechsel: Am Prinzip Hoffnung festhalten	01/03
Thiel Peter: Es bleibt bei der 'Blauen'	04/01
Thiel Peter: Plädoyer für mehr Akzeptanz	02/03
Thiel Peter: Zielkonflikt	03-04/03
Thiel Peter: Reflexionen über Fremdsprachenkompetenzen	05/03
Thiel Peter: Nur ein Tropfen auf den heißen Stein	06/03
Thiel Peter: Plädoyer für den großen Befähigungsnachweis	07/03
Thiel Peter: Auf ein Neues	08-09/03
Thiel Peter: Vom Ende der Unhöflichkeit	10/03
Thiel Peter: Kontinuität am Salvatorplatz	11/03
Thiel Peter: Anmerkungen zur Regierungserklärung	12/03
Bildungspolitik	
Thiel Peter: Der VLB beim 8. Berufsbildungskongress der Staatsregierung	01/05
Liebel Alexander: PISA – Möglichkeiten und Chancen für die Berufliche Bildung	01/07
Käfler Hans: Die Noten der Berufsschule in das Abschlusszeugnis aufnehmen	01/08
Ulbrich, Armin: Partner Berufsschule – ein Positionspapier der bay. Metall- und Elektroindustrie	01/10
Bundesaltenpflegegesetz und seine Auswirkungen	01/11
VLB im Gespräch mit CSU-Fraktionsvorsitzenden Alois Glück	01/11
Thiel Peter: VLB im Gespräch mit Kultusministerin Hohlmeier	02/04
Thiel Peter: Fachgespräche im Kultusministerium	03-04/04
dpa-Meldungen	03-04/05
Symposium zum 40-jährigem Jubiläum des Elysée-Vertrages	03-04/06
Thiel Peter: Spitzengespräch im Landtag und in der Staatskanzlei	05/04
Thiel Peter: Bayerisch-französisches Symposium in München	05/05
Thiel Peter u. a.: Der VLB auf der DIDACTA 2003	05/10
Geiger Herbert: Spuren der Verbandstätigkeit	05/15
Geiger Herbert: Konsequenzen aus PISA	05/16
Thiel Peter/Ruf Martin: Parlamentarische Abende mit CSU und SPD	06/04
Leischner Dietmar: VLB-Studienfahrt nach Österreich	07/04
Leischner Dietmar: Das Bildungssystem in Österreich	07/07
dpa-Meldungen	07/10
Thiel Peter: Standortbestimmung am Salvatorplatz	08-09/04
Thiel Peter: Staatsregierung reagiert auf Lehrstellenmisere	08-09/05
Wahlprüfsteine zur Landtagswahl	08-09/06
dpa-Meldungen	08-09/10
Thiel Peter: Pressekonferenz des KM	10/04
Thiel Peter: Große Resonanz trotz schlechter Konjunktur	10/06
dpa - Meldungen	10/08
Berufliche Vollzeitschulen auf dem Vormarsch	11/04
Ulbrich Armin: arge-alp: Integration Behinderter an beruflichen Schulen	11/08
Ulbrich Armin: arge-alp: Bildungspolitisches aus den Mitgliedsländern	12/07
Bildungspolitische Splitter	12/08

Tagungen, Kongresse und Festveranstaltungen	Heft / Seite
6. VLB Berufsbildungskongress	
Geiger Herbert/Ruf Martin: Kleine Passauer Nachlese	01/18
Schulter Berthold: Senioren in Passau	01/22
Geiger Herbert: Kunst im (Schul-) Bau – natürlich auch in Passau	01/23
VLB-Fachbereichstagung Wirtschaft und Verwaltung	
Ulbrich Armin: Vorstellung Prof. Dr. Josef Aff	08-09/26
Tagungsprogramm	08-09/26
Vorschau und Einladung	10/24
Ruf Martin: Antrittsvorlesung bei den Kaufleuten	11/23
Nachlese zu den Arbeitskreisen	12/25
Pressemitteilungen	
VLB/abl-Pressesmitteilungen	
abl: abl warnt: Den Bogen nicht überspannen	01/40
abl: abl-Forderungen zur Arbeitszeiterhöhung und Einführung der Ganztagschule	11/11
abl: Appell an die Staatsregierung: Nicht an der Bildung sparen	12/04
VLB warnt vor Schuss in den Ofen	12/05
Pressemitteilungen	
KM: Berufsschule muss in der Berufsbildung aufgewertet werden – Bundesregierung am Zug	01/12
KM: Schulaufsicht in Bayern im Umbruch - Sie muss sich als Partner der Schulen verstehen	01/12
KM: Immer mehr Berufsschüler legen freiwillig Englisch-Zertifikat ab	01/13
SPD: SPD will bis 2005 in keiner bayerischen Schule mehr als 25 Schüler	01/13
Pressegespräch der CSU-Landtagsfraktion	12/05
BBB: Gemeinsamer Protest bayerischer Lehrerverbände gegen Arbeitszeitverkürzung	12/11
Aus dem Landtag	
Anfragen – Anträge - Beschlüsse	01/14
sowie 02/12; 03-04/12; 06/11; 07/11; 08-09/12	
Dienstrecht	
Greubel Manfred: Sparmaßnahmen ohne Ende – das Maß ist voll	01/15
Neue Termine für Personalratsschulungen	01/16
Bundesverwaltungsgericht: Verpflichtende Arbeitszeitkonten für Lehrer sind rechtmäßig	01/17
Greubel Manfred: Reform der dienstlichen Beurteilung	02/05
DBB-Demo in Berlin	02/06
BBB - Tarifabschluss im öffentlichen Dienst	02/07
DBB - Tarifabschluss eins zu eins auf Beamte übernehmen	02/07
Mehrarbeitsvergütung für Lehrkräfte an staatlichen Schulen	03-04/08
DBB: Erfolg für Beamte und Versorgungsempfänger	03-04/09
BAG: Lehrer in Altersteilzeit haben Recht auf ermäßigte Stundenzahl	03-04/09
Ministerpräsidentenkonferenz: Leitlinien zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung	05/20

	Heft / Seite
BBB: Beamtenbund empört über neue Kürzungspläne – Gleichbehandlung gefordert	05/21
Kabinett beschließt Übernahme des Tarifergebnisses für Beamte	06/09
BBB: Plant Bayern Minusrunde für Beamte!	06/09
BBB: Beihilfeverschlechterungen werden weitgehend rückgängig gemacht	06/10
Tarifverträge für Weihnachts- und Urlaubsgeld gekündigt	08-09/14
Tarifrunde: Bundestagsinnenausschuss folgt der Empfehlung der Regierung	08-09/14
BBB: Aufatmen bei den bayerischen Beamten	08-09/14
Kündigung der Zuwendungs- und Urlaubsgeldtarifverträge	08-09/15
BBB: Keine Abstriche beim Weihnachtsgeld 2003	08-09/15
BBB: Dienstrechtliche Entwicklungen	10/09
ddp: CSU-Fraktion plant weiteren Stellenabbau im öffentlichen Dienst	11/10
BBB: Arbeitszeitverlängerung wäre casus belli	11/10
dpa: Kabinett prüft Mehrarbeit für Beamte	11/10
BBB: Staatsregierung prüft 42-Stunden-Woche für Beamte	11/11
VLB und BBB um Schadensbegrenzung bemüht	12/09
BBB bei Ministerpräsident Stoiber	12/10
Peter Heesen neuer DBB-Vorsitzender	12/11
Lamb Wolfgang: Das Mitarbeitergespräch – Was steckt dahinter?	12/12

VLB-Initiativen

Schreiben, Anträge, Antworten

Zulagengewährung für Werkstattausbilder an Fachoberschulen	03-04/10
Zukunft der Schule – Schule der Zukunft	05/22
Personalversorgung an FOS/BOS	05/23
Unterrichtspflichtzeit für Fachlehrer beim Einsatz in Lernfeldern	05/23
Reform der Ausbildungsordnung für Bäcker und Konditoren	05/24
Mehrarbeitsvergütung für Lehrkräfte an staatlichen Schulen	05/24
Einrichtung einer 13. Klasse an der FOS	06/13
Einrichtung von zusätzlichen Klassen an BVJ und BFS	06/14
Vergütung teilzeitbeschäftigter Lehrkräfte, die an ganztägigen Klassenfahrten teilnehmen	06/14
Unterrichtsversorgung an staatlichen FOSen und BOSen	10/11
Verwaltungsreform	11/17
Vorbereitungsdienst	11/17
Schreiben an Ministerpräsident Stoiber	12/14
Freier Eintritt in staatliche Schlösser, Gärten und Museen	12/14
Bündelung der Zuständigkeit für die gesamte Berufsbildung im Handwerk	12/16

Lehrerbildung

Ulbrich Armin: Bamberg - neuer Studiengang Wipäd mit Informationstechnologie	02/08
Pohlmann Heiko: Verbesserungen bei Lehrerbildung und Lehrerfortbildung	02/09
Stephan Helmut: PISA könnte einen „angst und bange“ machen	02/10
Pohlmann Heiko: Dauerbrenner Anwärterzuschläge	03-04/11
Ulbrich Armin: Prof. Dr. Aff hält Antrittsvorlesung in Nürnberg	07/13
Pohlmann Heiko: Spitzengespräch an der Uni Nürnberg-Erlangen	08-09/16
Stengel Christine: Ein spannendes – ein erfolgreiches Seminarjahr	10/12
Stender Jörg: IT-Fit – E-Learning-Ansatz zur Fortbildung von Lehrern	11/12

	Heft / Seite
Göb Sabine: Erste Jenaplan-Schule nimmt Unterricht auf	11/16
Pohlmann Heiko: Lehrerbildung im europäischen Hochschulraum	12/18

Lehrerseite

Thiel Peter: Kothe-Opperau und sein Bärlapper – ein Lehrerportrait	02/11
Thiel Peter: Die Potsdamer Studie zur Lehrerbildung	05/17
dpa: Schulklima bestimmt Motivation und Leistung	05/19
Münch Johannes: Regionaltagung Lehrerergesundheit in Schwaben	06/15
dpa: Der kurze Sommer der kurzen Saison – Ferienspanne wieder länger	07/14
Geiger Herbert: Fachtagung Lehrerergesundheit in Unterfranken	08-09/17
Huber Hans: Eduard Spranger – Klassiker der Berufsbildung	08-09/19
Dr. Demmel Walter: 1803 – Geburtsjahr der Bayerischen Berufsschule	10/15
Dr. Ruhwandl Dagmar: Fit bleiben im Lehrerberuf	11/14
Pensionierungen von Lehrern wegen Dienstunfähigkeit rückgängig	12/18
Thiel Peter: Bruno K. oder die Wirkung des Übertragungsphänomens	12/19

Schulentwicklung und Pädagogik

Vier berufliche Schulen erhalten i.s.i.- Preis	03-04/14
Thiel Peter: Berufsschüler erhalten keine Ermäßigung	03-04/15
Bäumler Michael: Wie viel PR braucht eine Schule?	03-04/16
Bäumler Michael: Ministerin Hohlmeier im Dialog mit BS Weiden und Unternehmen	05/28
Zeller Bernhard: Prof. Dubs über die Leitung einer Schule	07/15
Mohr Heribert: Nutzung neuer Medien zur Entwicklung einer Region	08-09/22

Pädagogik und Unterricht

Seifried/Brouer/Sembill: Weitere Forschungsbefunde zum SoLe	01/24
Schüler an Laptops lernen besser	01/26
Felber Erwin: Rationeller Lernen	01/27
Stephan Helmut: Fertigfirmen-Boom in der EU	01/29
Dr. Haßberger Kurt: Der Kfz-Mechatroniker kommt	02/14
Ruf Martin: Workshops – Mittel zur Gestaltung von Arbeit	03-04/18
Stephan Helmut: LieBe und SchARM statt WUMS	03-04/19
Brosig Klemens M.: i lern – Für jeden Schüler ein Laptop	05/26
Reform der Rechtschreibreform	05/27
Münch Johannes: Für jeden Schüler einen Laptop: Sind wir vorbereitet	06/17
Uebler Hans: Innenminister Beckstein: Klares Bekenntnis zum Religionsunterricht	06/18
Ulbrich Armin: Berufliche Schulen auch an der Börse Spitze	06/19
Schulbuchverlage: Neues Urheberrecht bleibt Stückwerk	06/20
Towara Wolfgang: Fremdsprachen an der beruflichen Schule	07/18
Thiel Peter: Helen Parkhurst zum 30. Todestage	07/20
Piatzer Claudia: Bayern geht neue Wege in der Qualitätssicherung	07/22
Stephan Helmut: Marginalien zum EURO	07/24
Riedl Alfred: Material- und Ideenbörse 2003	08-09/23
Werner Klaus: Bestattungsfachkraft – ein neuer Ausbildungsberuf	08-09/24
Schwandt Margit: Bayerische Meisterschaften der Systemgastronomie	08-09/25
Bayern wählt	08-09/25
Pohlmann Heiko: Spielregeln für den Unterricht	10/18

	Heft / Seite		Heft / Seite
Rotermund Heinz: Bankauszubildende in der islamischen Gemeinde			
	10/20		
Huber-Jlg Peter: Gesetzesänderungen			
	10/20		
Stephan Helmut: Amerikanisches Unternehmensrecht			
	10/21		
Barmetler Thomas: Moderner Unterricht – ein Praxisbeispiel			
	11/18		
Nußstein Günther: Verkaufen mit allen Sinnen			
	11/20		
Startschuss für LEONARDO-Projekte			
	11/21		
Bräunig Elisabeth/Brosig Klemens M.: Die Förderschulen – Exoten im beruflichen Schulwesen			
	12/20		
	12/21		
Schulpartnerschaften			
Baars Norbert: Partnerschaft Dachau - Oswiecim (Auschwitz)			
	02/16		
Limousin sucht Partnerschulen in Bayern			
	06/21		
VLB-Online			
Geisel Jens: Neue Tipps für mehr Sicherheit			
	01/30		
Hofgärtner Margit: Suchmaschinen im Web			
	02/20		
Kaspar Thomas: So werden Schüler fit für den PC			
	03-04/20		
Hofgärtner Margit: So gelingt jeder Download			
	05/29		
Hofgärtner Margit: Digitale Arbeitsblätter			
	06/22		
Münch Johannes: Besucherzahlen bei VLB-Online			
	06/23		
Münch Johannes: PC – Wächter			
	10/22		
Fachwissen pur im Internetportal Fachzeitung.de			
	10/23		
Münch Johannes: Unterrichtsmaterial für den ökologischen Landbau			
	11/22		
Aus dem Verbandsleben			
Landesverband:			
Ulbrich Armin: Bildungsmesse didacta 2003 in Nürnberg			
	02/21		
Ruf Martin: Workshops für einen Kongress unverzichtbar			
	02/22		
Thiel Peter: Eine breite Basis für die „Südallianz“			
	03-04/21		
Leischner Dietmar: VLB – Studienreise nach Berlin			
	03-04/23		
Zeller Bernhard/Ruf Martin: Bay. Wirtschaftsschultag – Der Weg zum Erfolg			
	05/30		
AK Pressearbeit nimmt Arbeit auf			
	06/24		
Dilberovic Barbara: Handwerkszeug für Pressearbeit			
	11/26		
Personelle Veränderungen im VLB-Vorstand			
	11/27		
Bezirksverbände:			
Mittelfranken			
Middendorf Maria: Neuwahlen des Bezirksvorstandes			
	02/25		
Middendorf Maria: Drittes Treffen der Kontaktlehrer			
	05/33		
Lochner Horst: Informationsveranstaltungen für Personalräte stoßen auf großes Interesse			
	06/25		
Lochner Horst: Studienreise nach Irland			
	08-09/29		
Niederbayern			
Greiner Karl: Habermann fordert Lehrer zur Verteidigung ihres Berufsstandes auf			
	07/24		
Oberbayern			
Schöne Wieland: Fortbildung und Delegiertenversammlung			
	12/24		
Oberfranken			
Merkel Willi: Oberfränkisches Volleyballturnier in Kulmbach			
	05/35		
Oberpfalz			
Gretsch Franz-Josef: Wiesauer Lehrer weisen auf Problem hin			
	08-09/29		
Gissibl Bernhard: Gesunde Lehrer – Wege aus der Belastungsspirale			
	12/23		
Unterfranken			
Geiger Herbert: abl-Bezirksvorsitzende sind sauer			
	01/31		
Lambl Wolfgang: Unterfranken bei der DBB – Demo in Berlin			
	02/23		
Geiger Herbert: Belastung durch die Berufsabschlussprüfung ist erdrückend			
	02/24		
Geiger Herbert: VLB beklagt Würzburger Schulpolitik wider den Trend der Zeit			
	03-04/24		
Karrlein Jochen: Regionale Schulungsveranstaltung für Personalräte			
	05/34		
Geiger Herbert/Lambl, Wolfgang: Wer lehrt, der prüft			
	06/24		
Geiger Herbert: Es gilt das ge(sp/b)rochene Wort			
	08-09/27		
Geiger Herbert: Lehrergesundheit – Bezirksvorsitzender Lambl bleibt am Ball			
	08-09/28		
Fischer Elmar: Kunsthistorisches Piemont			
	10/26		
Kreisverbände:			
Bamberg-Forchheim			
Krügel Bernd: Sparmaßnahmen finden kein Ende			
	06/26		
Donau-Wald			
Stelzl Wilhelm: Kreisversammlung mit Ingrid Heckner			
	06/27		
Mittelfranken-Nord			
Liegl Werner: Rück- und Ausblick			
	03-04/26		
Wölfel Gerald: Die drei Streifen aus Franken			
	06/27		
Neumarkt			
Sühs Wolfgang: Kartmeisterschaften			
	10/27		
Nordschwaben			
Dilberowic Barbara: Studienfahrt nach Berlin			
	01/31		
Urban Bernd: Theo Waigel zu Gast bei Kreisversammlung			
	06/26		
Nürnberg			
Sulzer-Gscheidl Elfriede: Fortbildung bei der Sparkasse			
	08-09/30		
Oberpfalz-Nord			
Bäumler Michael: Positive Mitgliederbilanz – zunehmende Belastungen im Lehrerberuf			
	05/34		
Bäumler Michael: Einblicke in erfolgreiche Unternehmen			
	06/28		
Lang Richard: Kroatischer Generalkonsul zu Gast in Weiden			
	07/25		
KV Traunstein-Berchtesgadener Land			
Jungkunz Martin: Studienfahrt nach Berlin			
	02/25		
Würzburg			
Reiser Alexander: Mitgliederversammlung			
	12/25		
Referate und Fachgruppen:			
Fachlehrer im VLB			
Helbig Dorothea: Wie wird man Fachlehrer: Zufall oder Auswahl?			
	08-09/30		
Bautechnik			
Wagner Lotar: Anwendungstechnik für Rohbau			
	01/32		
Porenbeton-Praxisseminare ein voller Erfolg			
	10/27		
Gesundheit			
Lamprecht Wolfgang: Novellierung des Krankenpflegegesetzes			
	07/27		
Hauswirtschaft			
Helbig Dorothea: Fachakademien - eine Schulart im Aufbruch			
	02/26		
Lehrerbildung/Lehrerfortbildung			
Pohlmann Heiko: Arbeitskreis neu strukturiert			
	07/26		
Sozialpädagogik/Sozialpflege			
Ott Wilhelm: Neuregelung der Altenpflegeausbildung			
	07/27		
Sport			
Oschmann Thomas: Sport an der Berufsschule			
	08-09/31		
Valta Ernst: Schweinfurt bayerischer Fußballmeister			
	08-09/32		

	Heft / Seite		Heft / Seite
Senioren:			
Schulter Berthold: Senioren - Info Teil II	01/32	Seydl Thomas: Modernste Drucktechnik an der Franz-Oberthür-Schule in Würzburg	03-04/38
Fischer Lothar: Gemeinsam reisen	01/34	Thiel Peter: Pappmaché-Figuren, die aus dem Rahmen springen	03-04/39
Schulter Berthold: Beratungswirrwarr	02/27	Geiger Herbert: Würzburger OB Pia Beckmann spricht Klartext	06/36
Fischer Lothar: Reisetipp für Pensionisten	02/28	Leischner Dietmar: Europatag in München	06/37
Schulter Berthold: Jugendwahn – oder kleben die Alten auf ihren Stühlen fest?	03-04/26	Thiel Peter: BAS – Hymne auf eine verflissene Schulart	07/29
Schulter Berthold: Pensionistenvertreter trafen sich	03-04/27	Schiffauer Klaus D.: Neues Beratungsstudio für Einzelhändler in München	07/30
Schulter Berthold: Auch vermeintlich ausbleibende Abzüge verunsichern	05/36	Geiger Herbert: MdL Eykmann teilt Sorge über die Zukunft der Würzburger Berufsfachschulen	11/33
Schulter Berthold: Infos für Versorgungsempfänger	05/37	Termine	01/36
Fischer Lothar: Gemeinsam reisen mit Lothar Fischer	05/38	sowie 02/29; 03-04/30; 05/42; 06/38; 07/33, 8-09/38; 10/32; 11/38; 12/34	
Schulter Berthold: Rechtswahrung wegen Versorgungsabsenkung	06/33	Nachrichtliches	01/30
Fischer Lotar: Ein Kreuz, Kreuzfahrten zu organisieren	06/34	sowie 02/32; 05/37; 07/33	
Fischer Lotar: Auf Metternichs Spuren	07/28	Für Sie persönlich	
Schulter Berthold: Nochmals zur neuen Beihilfe	08-09/33	Lang Helmut: Sozialversicherungsdaten 2003	02/29
Schulter Berthold: Ein Kolleg zum Thema Gerechtigkeit und zur Glaubwürdigkeit unserer Politiker	10/28	Lang Helmut: Zur Versorgung des Beamten bei Dienstunfähigkeit	02/30
Schulter Berthold: Ehrlichkeit in der Politik – eine weitere Facette	11/29	Neue Angestelltenvergütung	02/32
Schramm Berthold: Viel über Kronach erfahren	11/30	Schulter Berthold: Neues zur Beihilfe	03-04/42
Studenten/Referendare		Riesterrentenangebot des DBB	06/38
Lochner Horst: VLB hat offenes Ohr für Referendare	05/36	Lang Helmut: Hausratversicherung bietet Schutz auf Reisen	07/31
Ruf Martin: Stabwechsel bei den Referendaren	06/29	Lang Helmut: Neuregelungen zu Mini-Jobs	10/32
Weinzierl Stefan/Hofmann Thomas: Studentensymposium in Würzburg	06/30	Lang Helmut: Schaden an der Schulhardware – ein Ärgernis für Kollegen und Schulleitung	11/33
Wipäds auf der Bildungsmesse	06/31	Bücher/Medien	
Personalien:		Neues vom Büchermarkt	02/33
Heinz Bader zum 80.	03-04/28	sowie 03-04/42; 06/38; 07/32; 10/34; 11/39	
Rotraud Schönberger im Ruhestand	05/40	Leser schreiben	
Hans Dobner im Vorruhestand	05/40	sowie 02/34; 03-04/40; 08-09/38	01/39
Gerhard Egerer erhält Staatspreis	05/40	Vermischtes:	
Otmar Pregler zum 90.	05/41	Fischer Lotar: Moskau – St. Petersburg per Schiff	11/37
Heckner, Donhauser und Reingruber kandidieren für Bay. Landtag	08-09/34	Beihefter:	
Josef Bogner im Ruhestand	08-09/35	Jahresinhaltsverzeichnis	02
Klaus Eichenberg im Ruhestand	08-09/35		
Andreas Bezold im Ruhestand	08-09/36		
Maria Feldl zum 75.	08-09/36		
Dr. Franz Hrdina zum Gedenken	08-09/36		
Ernst Keitel zum Gedenken	10/28		
Abschied von Lorenz Carstensen	10/29		
Astrid Kron im Ruhestand	10/30		
VLB gratuliert Ingrid Heckner und Heinz Donhauser	10/31		
Dietrich von Heckel im Ruhestand	11/31		
Host Völker im Ruhestand	11/31		
sowie 01/35; 02/29; 03-04/28; 05/33; 06/35; 07/29; 08-09/37; 10/31; 11/32; 12/33			
Umschau			
<i>Kommunale und private Schulen</i>			
Resolution der Schulreferenten Augsburg, Nürnberg und München	01/39		
Dr. Hummelsberger Siegfried: Kommunale Schulen vor dem Kollaps	03-04/33		
Wickelt Würzburg seine Berufsfachschulen ab?	03-04/37		

Beamtenbund kritisiert neue Beihilferegulierung

Der Deutsche Beamtenbund (dbb) lehnt die Absicht des Bundesinnenministeriums ab, die Praxisgebühr in voller Höhe auf das Beihilfesystem zu übertragen. „Die Praxisgebühr ist der Beihilfe systemfremd. Die Beamten sind nicht in der gesetzlichen Krankenversicherung“, sagte der dbb-Vorsitzende Peter Heesen in Berlin. Die Beamten profitierten somit auch nicht von der geplanten Beitragssenkung in den gesetzlichen Kassen.

Zudem seien die Beamten zur Hälfte auf eigene Rechnung privat versichert. Die volle Praxisgebühr lasse sich keinesfalls rechtfertigen. „Populismus kann Politik nicht ersetzen“, kritisierte Heesen. Einzig der Bundesfinanzminister könne sich freuen. Anders als bei den gesetzlichen Krankenversicherung komme die Praxisgebühr nicht den Krankenkassen, sondern dem Bundeshaushalt zugute.

Ursprünglich hatte das Innenministerium wegen der nicht vergleichbaren Versicherungssysteme vorgeschlagen, die Praxisgebühr in Höhe, von 20 Euro pauschal auf die Beihilfe anzurechnen. Über die Beihilfe erstattet der Staat seinen Beamten die Hälfte der Krankheitskosten. Nun soll auch für Beamte die von der Gesundheitsreform vorgesehene Praxisgebühr von jährlich 40 Euro gelten. *-dpa-*

Nachtrag:

Die in Heft 12/03 auf S.18 unter „Aufgelesen“ gedruckten Zitate wurden entnommen aus Miller R. „Beziehungsdidaktik“ Weinheim, 3. Aufl.1999.

Personalversammlungen nach BayPVG

WOLFGANG LAMBL

Nach der Regierungserklärung der Bayer. Staatsregierung vom 6. 11. 2003 erreichten den Hauptpersonalrat viele Anfragen und Unmutsäußerungen zu den Inhalten und Auswirkungen der in der Regierungserklärung verkündeten Beschlüsse der Bayer. Staatsregierung auf die Bayerischen Schulen.

Dabei tauchte auch die Frage auf, ob man Abgeordnete des Landtages in eine Personalversammlung einladen darf. Nachdem der Landtag ggfs. die erforderlichen Gesetze noch beschließen muss, kann es sehr sinnvoll und zweckmäßig sein, den örtlichen Abgeordneten die Auswirkungen der Beschlüsse aus örtlicher Sicht nahe zu bringen und sich von den Abgeordneten über die Hintergründe der Entscheidungen und deren Umsetzung informieren zu lassen.

Nach Art. 49 BayPVG hat der Personalrat einmal in jedem Kalenderhalbjahr in einer Personalversammlung einen Tätigkeitsbericht zu erstatten. Nach Absatz 2 ist der Personalrat berechtigt und auf Wunsch des Leiters der Dienststelle oder eines Viertels der wahlberechtigten Beschäftigten verpflichtet, eine Personalversammlung einzuberufen und den Gegenstand, dessen Beratung beantragt ist, auf die Tagesordnung zu setzen.

Zu den möglichen Themen der Personalversammlung sei Art. 51, Satz 2, BayPVG zitiert: Sie kann alle Angelegenheiten behandeln, die die Dienststelle oder ihre Beschäftigten unmittelbar betreffen, einschließlich Fragen des Beamten, Tarif-, Arbeits- und Sozialrechts. Die Erörterung parteipolitischer Angelegenheiten ist unzulässig.

Im Kommentar zum BayPVG (z. B. Randnm. 20 und 21 a zu Art. 51 aus dem Kommentar zum BayPVG von Ballerstedt u.a.) wird ausgeführt, dass es unzulässig ist, Fragen der Entwicklungshilfe-, Verteidigungs- oder Außenpolitik zu behandeln: „Die The-

menstellung darf nicht dazu geeignet oder sogar darauf angelegt sein, zur Personalversammlung eingeladene Außenstehende wie z. B. Landtagsabgeordnete zu allgemeinen politischen Stellungnahmen zu veranlassen und die Versammlungsteilnehmer zu einer allgemeinpolitischen Auseinandersetzung einzuladen. „Es ist demnach zulässig (Art. 51, Satz 2 BayPVG), zu Personalversammlungen ein Mitglied des Bayerischen Landtages einzuladen und Fragen des Beamten-, Tarif-, Arbeits- und Sozialrecht zu diskutieren. Eine konkrete Betroffenheit und unmittelbarer Bezug liegt z. B. bei Themen wie Arbeitszeitverlängerung, Unterrichtszeitkonto und Teilnahme von Lehrkräften an Berufsabschlussprüfungen vor.“

Wir bitten Sie, bei der Einladung von Abgeordneten die Personalversammlung gründlich vorzubereiten und dafür Sorge zu tragen, dass es in der Personalversammlung zu keiner parteipolitischen Auseinandersetzung kommt.

Die oben genannten Punkte sind für uns existentielle Themen, die sachbezogen und mit dem gewohnten Niveau diskutiert werden müssen.

Für Hilfen zur Vorbereitung von derartigen Personalversammlungen stehen wir – der Hauptpersonalrat – Ihnen gerne mit Rat und Tat zur Seite.

<

**Schreiben von Kultusministerin
Monika Hohlmeier
an den VLB-Landesvorsitzenden
Hermann Sauerwein,
3. Dezember 2003**

Neuordnung der Ausbildungsberufe Konditor/Konditorin und Bäcker/Bäckerin: Umsetzung für drei Jahre ausgesetzt

Sehr geehrter Herr Sauerwein,

die Ausbildungsberufe Konditor/Konditorin und Bäcker/Bäckerin wurden bzw. werden neu geordnet. Das Neuordnungsverfahren beider Ausbildungsberufe erfolgte leider nicht zeitgleich. Das Verfahren betreffend die Konditoren ist abgeschlossen, das für die Bäcker noch nicht.

In Bayern werden bisher beide Berufe in der Grundstufe gemeinsam – damit wohnortnah – beschult, was Eltern und Betriebe sehr begrüßen. Für eine gemeinsame Beschulung im Jahr 2003/2004 musste eine Übergangslösung gefunden werden. Der Landesinnungsverband des bayerischen Konditorenhandwerks und der Landesinnungsverband für das bayerische Bäckerhandwerk sind damit einverstanden, dass die Bäcker ein Jahr im Vorgriff auf den neuen Lehrplan, der im ersten Jahr ohnehin für beide Berufe identisch sein wird, nach diesem unterrichtet werden. Beide Verbände haben sich für dieses Schuljahr auf eine Beschulung im Umfang von 240 Stunden (ein Berufsschultag pro Woche) verständigt.

Im Bestreben, den KMK-Rahmenlehrplan voll umzusetzen, wurden mit dem Bayerischen Handwerkstag Gespräche geführt. Dabei wurden auch flexible Organisationsmodelle für die Verteilung des kompletten fachlichen Unterrichts auf die gesamte Ausbildungszeit angeboten. Das Handwerk sah sich allerdings nicht in der Lage, eines der Angebote anzunehmen, da schon jetzt die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe drastisch abgenommen habe.

In Anbetracht der großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten der o. g. Branche und in Verbindung mit der Diskussion um die Änderung der Handwerksordnung musste damit gerechnet werden, dass bei einer Ausweitung des Berufsschulunterrichts die Betriebe nicht mehr bereit gewesen wären, im bisherigen Umfang auszubilden. Dies hätte sich auf den in diesem Jahr ohnehin äußerst angespannten Ausbildungsstellenmarkt und die Chancen der Jugendlichen, eine Lehrstelle zu erhalten, sehr negativ ausgewirkt. Angesichts dieser Lage wurde dem Bayerischen Handwerkstag gegenüber das Zugeständnis gemacht, die Umsetzung noch für den Zeitraum von 3 Jahren auszusetzen.

Spätestens im Schuhr 2005/06 werden die Gespräche mit dem Ziel der vollen Umsetzung der KMK-Rahmenlehrpläne erneut aufgenommen. Dabei wird auch die Frage der Verleihung eines mittleren Schulabschlusses in Berufen mit gekürzter Stundentafel eine Rolle spielen.

Ich bitte Sie um Verständnis für diese Regelung, die mir nicht leicht gefallen ist. Sie liegt jedoch letztlich im Interesse der betroffenen Jugendlichen, für die es vorrangig darum geht, die Zahl der Ausbildungsplätze in den Berufen Konditor und Bäcker zumindest zu erhalten.

*Mit freundlichen Grüßen
Monika Hohlmeier*

Sisyphos, ein deutscher Lehrer?

PETER THIEL

Das deutsche Bildungswesen im Blickfeld des internationalen Interesses: Fünf renommierte Experten bereisten im Auftrag der OECD kürzlich die Bundesrepublik und nahmen deren Schulen unter die Lupe. Ziel der Recherche ist ein weltweiter Vergleich von Lehrertätigkeiten. Die ZEIT berichtete über das Unternehmen und schrieb unter Bezugnahme auf die deutschen Lehrer als Headline: „Marionetten an der Tafel“. Das sind deutliche Worte. Im Text bemühte das Blatt den Mythos und schrieb u. a.: „Sisyphos, so scheint es, ist im 21. Jahrhundert ein deutscher Lehrer. Er quält sich und andere im Klassenzimmer“.

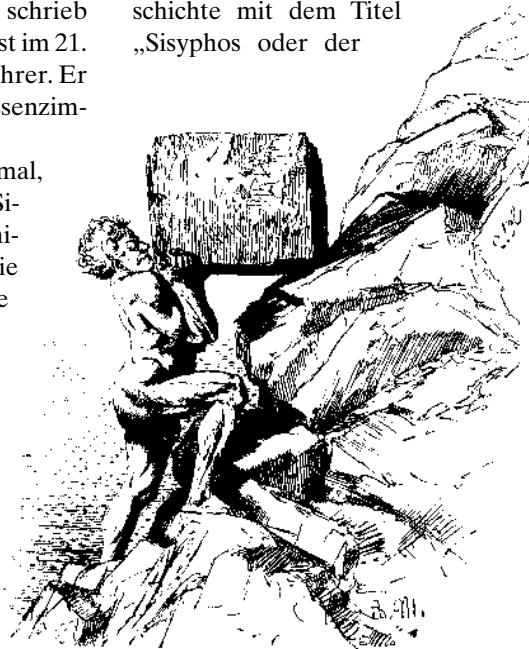
Da ist es also wieder einmal, das vielstrapazierte Bild von Sisyphos, das mit mehr oder weniger Larmoyanz auch durch die Lehrerzimmer geistert. „Eine Sisyphosarbeit ist das mit dieser Klasse, da kommst du keinen Jota voran“, sagt der Kollege und die Umstehenden wissen ein Lied davon zu singen. „Nach jeder Blockpause kann ich von vorne anfangen“, klagt ein anderer.

Sisyphos, sagenumwobener König von Korinth. Ihn hatten die Götter lieb, doch er benimmt sich daneben. Sie strafen ihn, die Allmächtigen, sie schlagen zurück, hart und grausam, wie üblich im Mythos. Sisyphos wird verdonnert, einen Felsblock auf den Gipfel zu wälzen. Ohne dies je ganz zu schaffen, rollt der Stein zu Tale zurück, immer und immer wieder. Soweit also die Geschichte von Sisyphos.

Ist sie geeignet als Metapher für den deutschen Lehrer? Wer überhaupt ist das genau, der deutsche Lehrer? Wie unterschiedlich sind sie doch, die Lehrerprofile zwischen Grund- und Hochschule. Und welcher deutsche Lehrer würde es wohl wagen, den

Göttern zu trotzen? Gewiss, Sisyphos quält. Aber quält er auch andere? Davon ist nicht die Rede in einer Geschichte. Liegt man im Hinblick auf die Lehrer mit dem Sisyphos-Bild nicht vielleicht doch ein bißchen schief? Andererseits: Müssen wir im Umgang mit den Mythen wirklich so pingelig sein? Immerhin, die inhaltlich-philosophische Seite der Geschichte hat schon etliche Interpreten herausgefordert.

Wolfgang Borchert zum Beispiel hinterließ uns eine psychologisch äußerst ergiebige Kurzgeschichte mit dem Titel „Sisyphos oder der



Kellner meines Onkels“. Als Klassenlektüre ist sie gut geeignet, vor allem für junge Menschen in der Arbeitswelt. Von August Menzel, der „kleinen Eminenz“, stammt die beigelegte Grafik. Der Maler nannte sie bedeutungsvoll „Ode an die Preußen“. Oder Albert Camus: Er läßt die grundlegenden Gedanken der französischen Existenzphilosophie in sein „mythe de Sisyphos“ einfließen.

Vieles im menschlichen Dasein ist immer wiederkehrende Mühsal, das wissen wir alle nur zu gut. Wiederholung und Routine aber bergen auch Chancen. Sie können als Ausdruck der

Ordnung durchaus wohlthuend empfunden werden.

Letztlich ist der Umgang mit der Gleichförmigkeit eine Frage der Grundstimmung, des Humors, der Phantasie. Tretmühle sagen die einen, Routine die anderen. Die Beurteilung hängt davon ab, wie man die Dinge sieht, optimistisch oder eher pessimistisch. Es ist die bekannte Frage: Ist das Glas halbvoll oder halbleer?

Natürlich gibt es für den Lehrer viel sich Wiederholendes, das gilt jedoch für die Lehrer aller Nationen, nicht nur für die deutschen. Wer seine Klasse zum Abschluss gebracht hat, fängt unten wieder an. Aber wieviel Neues begegnet ihm auf dem Weg? Und wieviel Chancen zu kreativem Tun? Ist da nicht bereits der Weg das Ziel? Der Mythos läßt offen, ob Sisyphos phantasievoll Wegvarianten suchte oder nicht. Wir wissen beispielsweise nicht, wie er den Abstieg erlebte. Immerhin hatte er dabei die Möglichkeit, auf andere Gedanken zu kommen. Vielleicht hielt er es mit Robert Musil, der meint: „Die alltäglichen Erlebnisse sind die tiefsten, wenn man sie nur von der Gewohnheit befreit“. Camus schließlich folgert sogar: „Wir können uns Sisyphos als einen glücklichen Menschen vorstellen“.

Auf und Ab, Anspannen, Entspannen, das ist der Rhythmus des Lebens. Welche Chancen der Entspannung also nehmen wir als Lehrer wahr, wenn die Gefahr besteht, dass der Motor heiß läuft? Was erleben wir alles, wenn wir hinab steigen, um den „Stein“ erneut zu stemmen?

Trotz vielerlei widriger Rahmenbedingungen und derzeit großer Irritationen, noch immer enthält der Lehrerberuf weit mehr Gestaltungsmöglichkeiten als viele andere Tätigkeiten.

Freilich wäre ein bisweilen weniger steiniger Anstieg wünschenswert. Die Götter könnten durchaus mal ein Auge zudrücken mit den deutschen Lehrern. Im Gegensatz zu Sisyphos nämlich arbeiten diese keine Strafe ab, sondern geben ihr Bestes zum Wohle junger Menschen. Und dafür müsste der Berg nun wirklich nicht immer ganz so steil sein.

Kultusministerin Hohlmeier zeichnet innovative Schulen aus:

i.s.i.-Gütesiegel für das bbz-[scheinfeld]

HANS KRAHMER

Ein Gütesiegel für Bayerns Schulen – dazu hat sich der Innere Schulentwicklung Innovationspreis „i.s.i.“ entwickelt. Zum dritten Mal kürte Kultusministerin Monika Hohlmeier die Preisträger dieses Wettbewerbs von der Stiftung Bildungspakt Bayern. Im Mittelpunkt steht die Verbesserung der Unterrichtsqualität. „Die nominierten Schulen haben schon einen Eindruck erhalten, wie künftig an Bayerns Schulen durch die neu eingerichtete Qualitätsagentur am Staatsinstitut für Schulqualität evaluiert wird“, betonte Hohlmeier. Auch der i.s.i. orientiert sich an den Evaluationskriterien, die sich international bewährt haben. 126 Schulen wollten diesmal wissen, wo sie stehen.

Das Mitmachen beim i.s.i. lohnte sich für das Staatliche Berufliche Schulzentrum Scheinfeld bbz-[scheinfeld]. Die mittelfränkische Schule wurde mit dem ersten Preis ausgezeichnet und erhielt 5 000 Euro.

Jürgen Stolte von der Firma AUDI hielt die Laudatio für die Preisträger aus Scheinfeld.

Hier beschäftigt sich die Klasse mit dem Modul „pädagogische Handlungskonzepte für die Berufsausbildung“. Während Lernbegleiterin Doris Hübn er eine Gruppe bei der Vorbereitung einer Präsentation unterstützt, hat Heidrun Wust mehr Zeit für Einzelgespräche und fachliche Unterstützung.

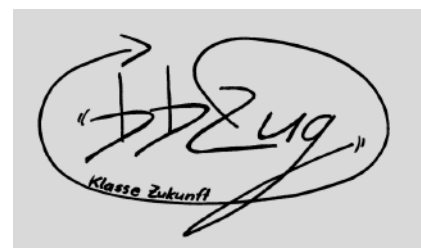


Das bbz-[scheinfeld] erarbeitete in einem langjährigen Schulentwicklungsprozess richtungsweisende Konzepte, die die Einbeziehung der Schüler und die Stärkung der Eigenverantwortung verwirklichen. Dazu gehört z.B das Projekt bb[zug] – Klasse Zukunft, in dem angehende Kinderpflegerinnen selbständig an Unterrichtsmodulen arbeiten.

Das Logo, das die Schüler selbst entworfen haben bedeutet: Der bb[zug] fährt in eine Klasse Zukunft oder die „Klasse Zukunft“ fährt mit dem bb[zug].

Das Konzept wird im kommenden Schuljahr auf die Berufsfachschule für

Sozialpflege übertragen. Schon jetzt gehören dort eigenverantwortlichen Lernen, Projektarbeit und freies Arbeiten zur täglichen Praxis. Daneben gestalten Schülerinnen und Schüler das Schulleben intensiv mit. Sie übernehmen Aufgaben als Mediatoren und



kümmern sich in einer „Schüler (übungs)firma“ um die Pausenverpflegung. Die Jury war aber nicht nur von diesem Projekt beeindruckt, sondern auch von dem generell außergewöhnlich hohen Engagement des Kollegiums. Das Methodenrepertoire und der Einsatz von offenen Lernformen werden kontinuierlich trainiert. Die Schule führt regelmäßig Tests zur Überprüfung und kontinuierlichen Verbesserung des Schulentwicklungsprozesses durch. Absolut vorbildlich ist die Schule in der Medienarbeit. Die kompletten Unterlagen zur i.s.i.-Bewerbung gingen per CD-Rom ein und sind auf der Schulhomepage unter www.bbz.scheinfeld.de online abrufbar.

Viele Gespräche mit wichtigen Vertretern des Kultusministeriums bei einem Gala Dinner für die Preisträger im Dachauer Schloss bestärken das bbz-[scheinfeld] den beschrittenen Weg zum Kompetenzzentrum für Dienstleistungs- und Pflegeberufe konsequent weiterzugehen. <



Den 1. Preis unter den Beruflichen Schulen beim bayerischen Schulinnovationspreis nahmen in Dachau für das bbz-[scheinfeld] von Kultusministerin Monika Hohlmeier, Kultusstaatssekretär Freller die stellvertretende Schulleiterin Irmgard Kornprobst, Schülerin Barbara Lehner, Steffen Schubert, Koordinatorin Heidrun Wust und Schulleiter Hans Krahmer entgegen. (von links nach rechts). Mit im Bild Moderator Hendrik Hey (links). Foto Rolf Poss

Europäisierung hält Einzug in bayerischen Berufsschulen:

Ausbildung in den flugtechnischen Berufen

ROBERT MAIR

Die Ausbildung in den flugtechnischen Berufen steht seit kurzem in allen bayerischen Standorten auf europäischen Füßen. Alle zuständigen Berufsschulen sind vom Luftfahrtbundesamt (LBA) nach dem internationalen Standard als „luftfahrttechnische Ausbildungsbetriebe“ anerkannt und zertifiziert.

In beispielhafter Zusammenarbeit bereiten Betriebe, berufliche Schulen und das Staatsministerium für Unterricht und Kultus die Ausbildung der Fluggerätmechaniker auf die Anforderungen eines geeinten Europa vor. Diese Notwendigkeit ergibt sich nicht zuletzt aus der Änderung des Deutschen Luftverkehrsgesetzes, das im Zuge der Europäisierung an die anderen Nationen angeglichen wurde und so zu einem einheitlichen Standard in der Luftfahrt führt.

Arbeitssituation bisher

In der Bundesrepublik findet die Ausbildung zu Fluggerätmechanikern in den drei Fachrichtungen Fertigungstechnik, Triebwerkstechnik und Instandhaltungstechnik statt. Darüber hinaus gibt es noch die Ausbildung zum Fluggerätelektroniker und (selten) zum Leichtflugzeugbauer.

Bei der Herstellung von Fluggeräten und bei allen Wartungsarbeiten, die an Fluggeräten durchgeführt werden, müssen speziell ausgebildete und vom LBA lizenzierte „Prüfer“ jede Tätigkeit überwachen, begutachten und mit Ihrer Unterschrift abzeichnen, so dass ein höchstes Mass an Sicherheit in der Luftfahrt gewährleistet wird. Nachdem es in anderen Ländern keine Facharbeiterausbildung ähnlich der in Deutschland gibt, war dieses Verfahren bisher dringend geboten. Insbesondere in nicht-deutschen Staaten arbeiten oft nur ange-

Die europäischen Richtlinien schreiben vor, dass spätestens ab dem Jahr 2011 ausschließlich lizenzierte Fachkräfte, sog. „Certifying Stuff CAT A, B, oder C“, an Fluggeräten über 5 700 kg Wartungsarbeiten durchführen dürfen. Ein Facharbeiterbrief, wie



Wartungshalle EADS. Foto: EADS, Elbe Flugzeugwerke Dresden

lernte Kräfte an Fluggeräten; die Sicherheit wird ausschließlich durch das verantwortungsbewusste Handeln der Arbeiter und durch die Prüfer in unterschiedlichen Klassen gewährleistet.

Arbeitssituation nach neuem Luftverkehrsgesetz

Nach der neuen europaweit gültigen Vorschrift wird das „Prüfer-Wesen“ für alle Tätigkeiten an Fluggeräten vereinheitlicht: Es gibt drei Prüferklassen / Kategorien mit den Bezeichnungen A, B und C. Der Prüfer Kategorie A (CAT A) entspricht in etwa unserem Facharbeiter, CAT B dem Techniker und CAT C einem Luft- und Raumfahrtingenieur. Ein Prüfer CAT A darf Tätigkeiten, die er selbst durchgeführt hat selbst abzeichnen, der Prüfer CAT B darf auch größere Arbeiten verantwortlich überprüfen und der CAT C Prüfer überwacht ganze Flugzeugbaugruppen, wie z. B. Triebwerke oder Rumpf oder die Elektronik.

in Deutschland üblich, ist im EU-Recht nicht vorgesehen, kann aber beim Vorhandensein ganz oder teilweise auf die Prüferausbildung und -lizenzierung angerechnet werden! Genau hier kommen nun die Beruflichen Schulen ins Spiel.

Änderungen für die berufliche Ausbildung

Für die Ausbildung zum Prüfer CAT A sind international lediglich 143 Tage Theorie und Praxis vorgeschrieben, also ein Bruchteil dessen, was unsere hochqualifizierte Ausbildung auch heute schon leistet. Die Inhalte der europäischen Ausbildung sind mit dem bundeseinheitlichen Rahmenlehrplan leider nur fast identisch, es liegt trotzdem nahe, in Zukunft nicht nur Facharbeiter, sondern gleich Prüfer CAT A auszubilden, zumal dies ja ab 2011 ohnehin für Wartungspersonal erforderlich ist. Der Unterschied der Facharbeiterausbildung zur Prüferausbildung beträgt je nach Fachrichtung zwischen 10 und 30 zusätzlichen Tagen.

Viele Flugzeughersteller, die in der Regel auch die Wartung ihrer Flugzeuge selbst übernehmen, haben erkannt, dass diese internationale Qualifikation auch für die Abteilungen der Flugzeugherstellung interessant ist, da man Fachkräfte dann leichter auch innerhalb einer Firma umgruppieren kann.

Zertifizierung der Berufsschulen zu „Luftfahrttechnischen Ausbildungsbetrieben“

Der Haken bei der Ausbildung von Fluggerät-Prüfern liegt an der europäischen Vorschrift, dass nur vom LBA anerkannte und zertifizierte Ausbildungsbetriebe zertifiziertes Personal ausbilden dürfen. Eine Vorschrift, die nun aus Berufsschulen echte Luftfahrtbetriebe, die auch einer Überwachung durch das LBA unterliegen, macht.

Als erste berufliche Schule nahm die größte bayerische Berufsschule für Fluggerätmechaniker, die Städtische Berufsschule für Fahrzeug- und Luftfahrttechnik in München die Höherqualifizierung für ihre Auszubildenden in Angriff, da hier alle drei Fachrichtungen der Fluggerätmechaniker, vornehmlich der Firmen EADS, Luftansa, MTU, RUAG und der Bundeswehr ausgebildet werden. Nach vielen sehr konstruktiven Verhandlungen mit dem Luftfahrtbundesamt und dem Nachweis, dass der Bayrische Lehrplan noch weitgehender als der Bundesrahmenlehrplan ist, gelang die Zertifizierung mit der Auflage, eine zusätzliche („Delta-“) Schulung von 10 Tagen in allen drei beruflichen Fachrichtungen durchzuführen.

Das Ministerium für Unterricht und Kultus genehmigte sehr zügig und unbürokratisch den notwendig gewordenen zusätzlichen Berufsschulunterricht von 2 Wochen und auch die Firmen stimmten geschlossen der Stundenerhöhung zu.

Für den schulischen Teil der Ausbildung bedeutet die Umsetzung der Zertifizierungs-Richtlinien unter anderem die Integration von 3 neuen Unterrichtsinhalten mit den Namen „Human Factors“, „Aviation Legislation“ und „Avionics“ in den bereits

bestehenden Theorieunterricht, also frei übersetzt, menschliche Faktoren in der Arbeit, internationales Luftrecht und spezielle Fluginstrumente.

Nach mehreren Informationsveranstaltungen durch die Münchner Berufsschule konnten mittlerweile die Zertifizierungen der übrigen bayrischen Berufsschulen in Pfaffenhofen/

Übergabe der Zertifizierungsurkunde. Von links nach rechts: Stadtschulrätin Elisabeth Weiß-Söllner, Schulleiter Gunter Issel, Günther Beck, Luftfahrtbundesamt.



Ilm, Erding, Augsburg und Donauwörth erfolgreich auf den Weg gebracht und abgeschlossen werden.

Entwicklung

Heute schon mit den neuen Unterrichtsinhalten nach europaweitem Standard zu beginnen, erspart den Betrieben einen Großteil der jetzt obligatorischen umfangreichen Nachqualifizierung ihrer Belegschaft, insbesondere derer, die im Bereich der Flugzeugwartung eingesetzt sind.

Die Betriebe rechnen derzeit für die anstehenden Nachqualifizierungen mit Kosten von über 3 000 bis 9 000 Euro für jeden Arbeitnehmer, welcher zusätzlich auch noch die entsprechenden Urlaubstage, in der Regel zwischen 10 und 30 Tage, opfern muss. Es sind nach jetzigen Schätzungen einige tausend Arbeitnehmer. Diese Maßnahme dürfen aber wieder nur lizenzierte Ausbildungsbetriebe übernehmen. Künftig also auch die lizenzierten beruflichen Schulen. Ein Denkanstoß zum Thema Schulmarketing!

In Anbetracht des für sie hohen Aufwandes begrüßen die Betriebe das Engagement und das frühe Einsteigen der Berufsschulen in die neue Orientierung und Entwicklung der Luftfahrtberufe. Ein weiterer Schritt auf dem Gebiet der Qualitätssicherung und Entwicklung von Schule und Betrieb ist somit geleistet.

Für den Facharbeiter bedeutet die neue Ausbildungsqualifikation, dass er gegenüber Bewerbern, aus anderen Staaten, die eine Prüferlizenz, aber nicht die qualifizierte deutsche Facharbeiterausbildung haben, nicht nur konkurrenzfähig bleiben wird, sondern wie auch jetzt schon zu einem weltweit gesuchten Spezialisten wird.

Für den Kunden, – das sind wir alle, die wir entweder mit dem Flugzeug fliegen oder auch nur wollen, dass sie in ihren Luftwegen sicher „oben bleiben“ –, bedeuten die neuen Regelungen und der Aufwand, den die Schulen hier betreiben, dass wir uns auch künftig auf dieses Transportmittel verlassen können; nur die beste Ausbildung gewährleistet, dass das Flugzeug auch weiterhin das sicherste Verkehrsmittel der Welt bleibt. <

Erfolgreiche Projektarbeit der Wirtschaftsschule Freising:

Positive Resonanz aus der Wirtschaft

ELLEN JLG

„Globalisierung“ war das Thema eines bundesweiten Wettbewerbs, der im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit durchgeführt wurde. Die Schüler wurden aufgefordert, dieses komplexe Thema in der Gruppe zu bearbeiten. Die erarbeiteten Unterrichtsideen sollten von der jeweiligen Gruppe in einer übersichtlichen Dokumentation zusammengefasst werden.

Ziel des Projektes „Globalisierung“ war es, bei den Schülerinnen und Schülern nicht nur eine Vorstellung von der Reichweite des Begriffs „Globalisierung“ zu entwickeln, sondern auch die wirtschaftlichen Möglichkeiten einer immer stärkeren Vernetzung der Welt zu erkennen.

Das Thema Globalisierung kennt keine Fächergrenzen und vor allen Dingen erstreckt es sich auf alle Lebensbereiche und begegnet den Schülern täglich in den Medien. Dies war bemerkbar an den von den Schülern selbst gewählten Themen: „Die ganze Welt in einem Auto“, „Ein Schuh geht um die Welt“ und „Der Modekult Jeans“.

Die Vermittlung eines derart vielschichtigen Inhalts muss über das Frage-Antwort-Prinzip eines noch so gut geplanten Frontalunterrichts hinausgehen. Hier greift das Unterrichtsprinzip der Belehrung noch weniger als bei manch anderem Thema. Der Inhalt muss selbst erarbeitet und als Problem beim Schüler aufgenommen werden. Besonders geeignet hierfür ist eine Projektarbeit.

Generell gilt, dass beim gegenwärtigen Übergang zum Informationszeitalter und bei der zunehmenden Komplexität des Weltgeschehens die Form des Frontalunterrichts immer weniger den Erfordernissen von Gesellschaft und Wirtschaft genügen. Ziel ist heute nicht mehr eine Anhäufung von Wissen, sondern die Fähigkeit, aus einer Unmenge von Informationen eine kompetente Auswahl zu treffen. Diese Fähigkeit kann am besten durch selbsttätiges Lernen und durch eigenes Tun entwickelt werden. An der Thematik Globalisierung konnten die Schüler verstehen lernen, wie wichtig die Beziehungen zwischen den zahlreichen Einflussfaktoren sind.

Die Schüler mit den besten Ideen wurden ins Bundeswirtschaftsminis-

terium nach Berlin eingeladen und erhielten dort im Rahmen eines großen Events Urkunden von Staatssekretär Rezzo Schlauch überreicht. Aus Bayern wurden die Arbeiten von 10 Schülern einer 8. Klasse der Wirtschaftsschule Freising ausgezeichnet.

Die Wettbewerbsteilnahme (und die folgende Auszeichnung) kann sowohl schulintern als auch extern genutzt werden, um die Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft der Schule und ihrer Schüler zu dokumentieren.

Intern stellen die Auszeichnung, der Flug nach Berlin und das umfangreiche, schülergemäße Rahmenprogramm eine erhebliche Motivation dar.

Die Berlinreise (für mehrere Schüler war es der erste Flug) war der Höhepunkt des Schuljahres. Der Erfolg dieser Schüler steigert zudem die Bereitschaft der übrigen Schüler sich für Projektarbeit zu engagieren.

Der zusätzliche Arbeits- und Zeitaufwand der mit einem Projekt einhergeht wurde auch von dritter Seite gewürdigt. So war der örtliche Bundestagsabgeordnete – nachdem er über die erfolgreiche Wettbewerbsteilnahme informiert wurde – sofort bereit die Schüler in Berlin zu treffen. Er führte die Gruppe am zweiten Besuchstag selbst durch den Reichstag. Die Schüler erhielten so eine intensive, sachkundige Führung – gespickt mit Anekdoten und Anmerkungen eines Insiders.

Vor der Abreise nach Berlin wurden die Schüler zu einem Besuch ins Kultusministerium eingeladen, wo die Ministerin selbst gratulierte.

Auch die positive Resonanz der regionalen Wirtschaft zeigt, dass die Integration von Projektarbeit in den schulischen Alltag sehr anerkannt wird. So gaben folgende Firmen – Siemens Berufsbildung, Microsoft Deutschland GmbH, Schreiner Group, BMW Group – Statements zu den Ergebnissen der Freisinger Schüler ab, die den Schülern u. a. vermitteln, dass Nachweise über erfolgreiche Projektarbeit bei späteren Bewerbungen sicherlich helfen werden. <

Die erfolgreichen Freisinger Wirtschaftsschüler wurden von Kultusministerin Monika Hohlmeier persönlich beglückwünscht.



Industriekaufleute – Lernen mit neuen Medien:

E-Learning – eine Herausforderung

DANIELA MÜLLER

E-Learning – Warum?

Die gewaltigen Umstrukturierungen einschließlich neuer Arbeitsformen in der Industrie und die enormen Fortschritte in Wissenschaft und Technik stellen unsere Auszubildenden heute vor immer mehr und immer besseren Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten. Dies stellt für die jungen Leute nicht nur eine anspruchsvolle Herausforderung dar, sondern sie verlangt stets aufs Neue von ihnen, sich zu verändern und sich weiter zu entwickeln, kurz zu „lernen“. Hierbei sollen sich der Industriekaufleute nicht nur bildungsrelevantes Wissen aneignen und berufstypische Aufgabenstellungen selbstständig bewältigen, sondern sie sollen sich vor allem qualifizierte Kenntnisse und Fertigkeiten in den Kommunikations- und Informationstechnologien erwerben und moderne Lernstrategien anwenden.

Die Auszubildenden stehen vor der schweren Aufgabe, eine positive Einstellung gegenüber dem Lernen entwickeln zu müssen. Lernen muss zur Selbstverständlichkeit werden, wollen sie die Anforderungen der sich ständig ändernden Arbeitswelt erfüllen.

Die moderne Computertechnologie ermöglicht nun beim Benutzer, mehrere Sinne zugleich anzusprechen, die Vernetzung der Computer schafft den Raum dafür, orts- und zeitunabhängig zu kommunizieren und zu kooperieren. Mit e-Learning soll eine Lernumgebung geschaffen werden, die den aktiv und konstruktiv Lernenden fördern und die Selbststeuerung und Kooperation anregen will. Der Lernende ist während des e-Learning's nicht auf sich alleine gestellt: Gezieltes Coaching und Hilfestellung durch die Kursleiterin, i. d. R. die Lehrkraft, sind ihm sicher. Bedeutsam sind außerdem weiterhin systematische Wissensvermittlung und Lernkontrollen.

E-Learning – Wo? Wer?

In diesem Schuljahr wird an der Berufsschule Schwandorf das Projekt „E-Learning“, das in dieser Form in Bayern einmalig ist, durchgeführt. Das Projekt wurde von Ralf Bormann initiiert und wird von der Autorin geleitet, die auch den Kurs „Beschaffungsmarketing“ für den Ausbildungsberuf Industriekauffrau/-mann erstellt hat. Der Kurs ist für Kursteilnehmer über das Internet www.teamlearn.de einsehbar.

An diesem Vorhaben nehmen Auszubildende des ersten Ausbildungsjahres teil. Fachwissenschaftlich begleitet

Die Schülerinnen evaluieren ihre Ergebnisse zusammen mit den Lehrkräften.



und evaluiert wird das Projekt durch den Lehrstuhl Organisation und Wirtschaftsinformatik, Prof. Dr. Wolfgang Renninger in Zusammenarbeit mit seiner Assistentin Jutta Hüttner, Betriebswirtin, der FH Amberg-Weiden.

Unterstützt wird das Projekt von den Ausbildungsbetrieben und den Eltern: Neben der Schule haben die Auszubildenden die Möglichkeit auch im Ausbildungsbetrieb (während oder nach Arbeitsende) und/oder am heimischen Computer die Arbeitsaufträge, die in Form von Modulen über Internet zur Verfügung gestellt werden, abzufragen und über Internet beantwortet zu können.

Vorgestellt wurde das Projekt „E-Learning“ an der Schule bereits im

Rahmen einer Informationsveranstaltung im März 2003. Eine erste Evaluation unter den Schülern/innen und die Eröffnungspräsentation fand im Oktober 2003. Ralf Bormann berichtete über den geschichtlichen Hintergrund, von der Autorin wurden die Kursinhalte und die Handhabung des Kurses „Beschaffungsmarketing in der Industrie“ vorgestellt und Prof. Renninger referierte zum Thema „E-Learning“.

E-Learning – Und?

Geplant ist eine Einbeziehung weiterer Lernfelder in das E-Learning-Konzept für Industriekaufleute und eine Ausdehnung auf sonstige kaufmännische und gewerbliche Berufsgruppen.

Ein Arbeitskreis „E-Learning“ besteht bereits an der Schule. Dort wur-

de ein 2- bis 4-stündiger Kurs für Bürokaufleute erstellt. Mit dem Projekt BIOS wurde über das Internetportal www.teamlearn.de eine Rechnerstruktur für alle Schulen in Deutschland aufgebaut, die den schulischen Einsatz von E-Learning ermöglichen.

Neben den 35 Pilotschulen sind inzwischen Schulen aus allen Teilen der Bundesrepublik am Portal registriert. Das Portal bietet neben E-Learning auch Dokumentenmanagement, virtuelle synchrone und auch asynchrone Kommunikation und vieles mehr.

Als Endziel wird an allen Schulen eine Rechnerstruktur angestrebt, die modernes Wissensmanagement ohne großen schulinternen Aufwand ermöglicht. <

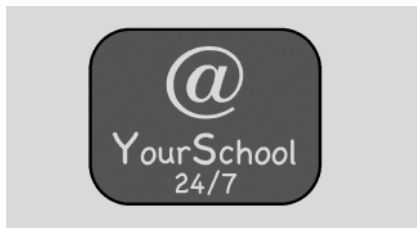
Berufsschule Weiden künftig rund um die Uhr geöffnet:

24/7 – Wie ein Coffee-Shop in New York

HERIBERT MOHR

Der offizielle Start erfolgte Mitte Januar in der Pausenhalle der BS Weiden mit Schülern, Lehrkräften, Ausbildungsleitern, Oberbürgermeister und der Presse.

Unter einem eigenen Label wurden die in den letzten Monaten in den einzelnen Abteilungen erstellten zusätzlichen webbasierten Lernangebote für Schüler, Lehrer, Ausbilder und Partnerschulen präsentiert. Von diesem zusätzlichen Service und Lernangebot



profitieren Fachklassen von den Fleißaufgaben der Lehrkräfte in recht unterschiedlicher Ausprägung. So nutzen die

- Bauzeichner ihre digitalisierten Planungs- und Arbeitsunterlagen im Intranet,
- Bankklassen ihre virtuellen Klassenräume in Quickplace,
- Informatiker der Berufsfachschule ihre datenbankbasierten Arbeits- und Testunterlagen auf eigenem Linuxserver,
- Mechatroniker Aufgabestellungen, – animierte Unterrichtssequenzen und – die Organisation der Lernortkooperation mit dem Ausbildungsbetrieben,
- Groß- und Einzelhändler ihren Klasseninfopool,
- Büroberufe ihren auf dem Content Management System (CMS) Contento erstellten zusätzlichen Service für ihre Fachklassen,

- Technische Zeichner die eLearning-Plattform, die von den Partnern vhs Weiden/Neustadt und Login GmbH in einer Kooperation mit der BS Weiden betrieben wird. Ein klassisches Beispiel für eine gelungene effiziente Kooperation mit Partnern der Region,
- Kfz-Mechatroniker die von ihren Lehrkräften für den neuen Ausbildungsberuf – mit einem neuen Autorentensystem peds (pupil education and entertainment system) – programmierten Testsequenzen.

- i-mechatronik und
- European Teacher Training – (BS Weiden tritt als internationaler Bildungsanbieter auf)

künftig auch als Kommunikations- und Arbeitsplattform für Schulen und Partnerbetriebe in Tschechien, der Slowakei, Kroatien und Österreich genutzt.

Größere Entfernungen hemmen damit die Kooperationen nicht mehr, Distancelearning gewinnt hier zunehmend an Bedeutung.

Eine wichtige Perspektive für die Entwicklung der Region, wobei Nachteile des ländlich strukturierten Raumes zumindest zum Teil kompensiert werden können.

Für unsere Schüler wird die Nutzung der neuen Kommunikationsmedien so selbstverständlich wie die Nutzung des Handys. Lehrlinge, Fachkräfte, die die zusätzlichen Chancen dieser



„Die Idee stammt von der Abteilung Handel, die Philosophie aus Amerika“ sagte Schulleiter Heribert Mohr (links) bei der Vorstellung des „Projektes 24/7“. OB Hans Schröpf machte den Verantwortlichen ein großes Kompliment.

Mit der konzertierten Aktion wollen Systembetreuer und Schulleitung für alle Lehrkräfte und Schüler ein nutzerfreundliches Informationssystem und eine webbasierte Lernunterstützung anbieten.

Die BS Weiden wird für ihre Kunden wie ein Coffeeshop in New York künftig 24 Stunden am Tag und 7 Tage die Woche Dienste anbieten.

Das von den Lehrkräften der BS in den letzten Jahren in der Freizeit geschaffene Intranet wird im Rahmen der laufenden EU-Projekte

Medien nicht für sich nutzen können, werden in der Zukunft nicht zu den Gewinnern gehören.

Massiv unterstützt wird diese konsequente strategische Ausrichtung der Schule durch Partnerfirmen, die jeweils projektbezogen die innovativen Entwicklungen – mit hohem Hard- und Softwaresponsoring – der einzelnen Teams von Lehrkräften und Ausbildern fördern; insbesondere die Unternehmen Siemens A&D, Microsoft, IBM, Autodesk, Nemetschek, EPLAN, R&S Keller, Copadata ... <

Bezirks- und Kreisverbände

Bezirk Oberbayern

Informationsveranstaltung für Freising und Umgebung

Widerstand

In Anwesenheit der Presse konnte der Bezirksvorsitzende Rudi Keil zahlreiche Kollegen der Freisinger beruflichen Schulen und der Berufsschule Erding in der Aula der FOS/BOS Freising begrüßen. Er berichtete über die Initiative „Schulterschluss“ aller in Oberbayern vertretenen Lehrerverbände. Die bisher einmalige Initiative, hat es sich zum Ziel gesetzt, Widerstand vor Ort gegen die von der

Keil führte aus, dass eine Untersuchung ergeben hat, dass Lehrer ferienbereinigt im Durchschnitt 44,3 Stunden pro Woche arbeiten. Vor diesem Hintergrund sagte er der Staatsregierung seine volle Unterstützung bei einer Absenkung der Lehrerarbeitszeit auf 42 Stunden pro Woche zu. Auch die angestrebte Präsenz an der Schule von (nur) zwei Nachmittagen stellt für die meisten Lehrer an beruflichen Schulen eine Erleichterung dar. Es bleibt abzuwarten, wie die Ankündigungen der Staatsregierung umgesetzt werden.

Regelbeurteilung und Wartezeit

Bei der Einführung der derzeit noch gültigen sechzehnstufigen Beurtei-

Die neuen Beurteilungsrichtlinien, an denen gerade gearbeitet wird, sollen sieben oder neun Stufen haben. Vorgeesehen ist die Regelbeurteilung bis zum 55. Lebensjahr. Der VLB fordert, dass Lehrkräfte, die nach den derzeit gültigen Richtlinien mit 50 nicht mehr beurteilt wurden, auch bis zum Erreichen des 55. Lebensjahres nicht mehr in die Regelbeurteilung fallen.

Des weiteren fordert der VLB, dass es neben der Leistungsbeurteilung eine davon getrennte Verwendungsbeurteilung geben soll. Wer als Lehrer hervorragend ist, ist nicht automatisch auch für ein Beförderungsamts mit seinen anders gearteten Anforderungen besonders geeignet.

Zur Frage, ob das Mitarbeitergespräch in Zukunft in die dienstliche Beurteilung einfließen soll, hat der VLB eine Umfrage durchgeführt. Die Umfrage hat ergeben, dass die Meinung der Mitglieder hierzu geteilt ist. Auch bei den anderen Lehrerverbänden gibt es unterschiedliche Meinungen. Für die laufende Beurteilungsperiode gilt die Zusage des Kultusministeriums, dass das Mitarbeitergespräch diesmal nicht in die Beurteilung einfließt. Auch zur Frage, ob die Fachbetreuer in Zukunft bei der Regelbeurteilung mitwirken sollen, ist die Meinung bei den anderen Verbänden heterogen; der VLB ist in dieser Frage neutral. Die Mitglieder sind aufgefordert, ihre Meinung zur Regelbeurteilung der Verbandsspitze entweder über die Kontaktkollegen oder direkt mitzuteilen.



Aufmerksame Zuhörer fand HPR-Vorsitzender Wolfgang Lambl in Freising.

Staatsregierung geplanten Maßnahmen zur Verschlechterung der Arbeitsbedingungen zu leisten. Den Schulleitern der Gymnasien wurde bereits ein Maulkorb verpasst: Sie dürfen sich öffentlich nicht mehr zu den geplanten Maßnahmen äußern. Jetzt will die Initiative gegenhalten, insbesondere gegen die von der Staatsregierung geplante Public-Relations-Kampagne. Den Auftakt dazu bildete ein Besuch beim Chefredakteur des Freisinger Tagblatts. Beim Protestspalier am 13. Januar in Wildbad Kreuth war der VLB durch Horst Hackel, Wolfgang Lambl und Armin Ulbrich vertreten.

lungsrichtlinien sahen die Ernennungsrichtlinien eine Verlängerung der Beförderungswartezeiten vor. In zähem Ringen ist es dem vom VLB gestellten Hauptpersonalrat gelungen, nicht nur die Verschlechterung abzuwenden, sondern auch eine Verkürzung der Wartezeiten um ein halbes bis ein ganzes Jahr durchzusetzen. Als Wermutstropfen bleibt, dass die Verkürzung zwar auch für die Lehrer an FOS und BOS gilt, diese aber wegen des vom Finanzministerium vorgegebenen Stellenkegels weiterhin drei Jahre länger auf eine Beförderung warten müssen als die Lehrer an den anderen beruflichen Schulen.

Mehrarbeit

Einige Kollegen wurden für die im Schuljahr 2002/03 geleistete Mehrarbeit bereits bezahlt, andere warten noch auf ihr Geld. Das Gesetz bestimmt: Der Abrechnungszeitraum ist 12 Monate, das heißt, die Mehrarbeit von Februar 2003 ist im März 2004 abrechenbar, wenn sie zwischenzeitlich nicht durch Freizeit ausgeglichen wurde. Quartalsweise Abrechnung der Mehrarbeit ist möglich, wenn der Schulleiter bestätigt, dass Freizeitausgleich in absehbarer Zeit nicht möglich ist. Eine entsprechende Information soll inzwischen an alle Schulen gegangen sein.

Kurzfristig, das heißt bis zu drei Monate lang, kann bis zu 5 Unterrichtsstunden pro Woche Mehrarbeit angeordnet werden. Insgesamt, einschließlich einzelner Vertretungsstunden, dürfen 288 Unterrichtsstunden im Schuljahr angesetzt werden. Die Frage, wie Bereitschaftsstunden, wie sie in einigen Schulen angeordnet werden, zu behandeln sind, konnte nicht geklärt werden. Bezug genommen wurde auf das jüngst ergangene Urteil zum Bereitschaftsdienst der Ärzte. Die Hauptpersonalräte Wolfgang Lambl und Horst Hackel versprachen den Mitgliedern sich der Angelegenheit anzunehmen. *Wieland Schöne*

Kreisverband Nürnberg

Jahresabschlussfeier

Die traditionelle Jahresabschlussfeier begann mit der Besichtigung der Sebalduskirche. Nachdem wir ca. 220 Stufen des Kirchturms bezwungen hatten, wurden wir mit einem herrlichen Rundblick über das vorweihnachtliche Nürnberg belohnt.

Nach dieser Anstrengung lud der Kreisverband Nürnberg zu einem chinesischen Schlemmerbuffet ein. Liebe geht durch den Magen – vor allem in Zeiten der Sparpolitik. Das Lokal war, im wahrsten Sinne des Wortes bis auf den letzten Stuhl von VLB-Mitgliedern besetzt. Es herrsch-

Unterfränkische VLB-Meisterschaft Volleyball

Am Freitag, 26. März 2004 in Bad Kissingen

Meldeschluss 12. März 2004

Thomas Oschmann, Staatl. Berufsschule Bad Kissingen, Seestraße 1, 97688 Bad Kissingen, Telefon 0971-72 06 18, Fax 0971-72 06 50

Bei Rückfragen bitte wenden an Fachgruppenleiter – Sport, Thomas Oschmann.

te eine angenehme Atmosphäre und es fand ein reger Erfahrungsaustausch statt. Der Kreisvorsitzende verzichtete auf den Jahresrückblick und wünschte den Anwesenden guten Appetit. Im Mittelpunkt des Treffens stand die Ehrung langjähriger Mitglieder. Horst Lochner, der Bezirksvorsitzende von Mittelfranken, nahm mit dem Kreisvorsitzenden, Norbert Schammann und dem stellv. Kreisvorsitzenden Lutz Pertek die Ehrungen vor. An der Spitze standen zwei Damen, Irmgard Maurer und Erna Riebel. Sie wurden für 50 Jahre Mitgliedschaft geehrt. Auf 45 Jahre Verbandsmitgliedschaft können Hans Hegenauer und Kurt Löwer zurückblicken. Für 30 Jahre Mitgliedschaft wurden Edda Stingl und Heiner Hacker, für 25 Jahre Klaus Bossemann und Manfred Hubert geehrt. 20 Jahre sind Kerstin Ruder, Klaus Göltenboth, Werner Maier und Ru-

dolf Zörndlein im Verband. Auf 10 Jahre Mitgliedschaft kann Sabine Oechsner zurückblicken. Die Jubilare erhielten zu ihren Urkunden den Bildband „Mittelfranken erleben“.

Angeregte Gespräche zwischen den Mitgliedern ließen den Abend ausklingen. *Elfriede Sulzer-Gscheidl*

BV Unterfranken

Dommuseum Würzburg überwältigt die Besucher

Nicht nur aktive Verbandsmitglieder, sondern etwa zur Hälfte der 104 Teilnehmer auch Senioren, fühlten sich von der Einladung zur Führung durch das neue Würzburger Dommuseum angesprochen. Gottfried Berger hatte kurz vor Adventsbeginn Domkapitular Dr. Jürgen Lenssen, den geistigen Vater des Werkes, gewinnen können, uns seine weithin als äußerst kompetent bekannten und mit Herzblut vortragenen Erläuterungen zu vermitteln. Durch die detailreiche und engagierte Darstellung der Entstehungswegen des Museums und weniger, aber ausgesuchter, Werke erschloss sich die in Unterfranken nicht ganz unumstrittene Sammlung dem, der sich darauf einlassen konnte, in einer Weise, die durch isoliertes Betrachten sicher nicht möglich ist. Schon auf dem Kiliansplatz begann die Reise durch die Entwicklungsgeschichte des historischen Areals. Der enge niedrige Eingangsbereich mit bildnerischen Hinweisen auf den Verlust des Paradieses



Vorsitzender Horst Lochner ehrt Erna Riebel für 50 Jahre VLB-Mitgliedschaft. In der Mitte KV-Vorsitzender Norbert Schammann.



Sehr interessierte Zuhörer fand Dr. Jürgen Lenssen bei seiner Führung durch das neue Dom-museum.

weitet sich nach Passieren eines „Spaltes“ zu einer piazza-weiten Halle. Dort wird eben jenes Thema in vielfältiger künstlerischer Weise variiert, sei es nun durch überarbeitete „Vorlagen“ von Masaccio und Masolino, durch Zitate u. a. aus Michelangelos Arbeiten in der Sixtinischen Kapelle des Vatikans oder durch z. T irritierenden Verfremdungen mittels verschiedener „Objekte“. Überraschenden Explikationen des Führenden, u. a. über das Gottesbild im Wandel, über Solidarität, Täter-Opfer-Vertauschbarkeit und Prüfung speziell anhand Käthe Kollwitzens Pieta, lauschten die Teilnehmer fast andächtig. Die Lö-

wenckopf-Ringe vom Vorkriegs-Domportal, eine kunstgeschichtlich einmalige Allegorie der Vermählung des Würzburger Bischofs mit der Kirche, erregten die Aufmerksamkeit der Kunstbeseelten. Auch die Ausführungen Dr. Lenssens zu diesen Symbolen der – eher gnädigen – mittelalterlichen kirchlichen Gerichtsbarkeit und zum „Thriller“ ihres Erwerbs hielten die Zuhörer im Zustand neugieriger Spannung. Diese durch Begegnung im anregenden Gespräch wieder aufzulösen, war der Schlusschok bei Schoppen und Vesper in den Hallen des Bürgerspitals bestens geeignet.

Herbert Geiger

Senioren



dbb vorsorgewerk weiter auf Erfolgskurs mit stark erweiterter Angebotspalette

In Heft 11/2003 S. 195 der BBB Nachrichten macht ein Angebot für ältere Mitglieder hellhörig. Der Geschäftsführer des dbb vorsorgewerk e.v., Dr. Rainer Reitzier, führt dort aus:

Tatbestand

Ganz neu und besonders interessant für ältere Mitglieder ist das einzigartige Notfallprogramm des dbb vorsorgewerks. Im Jahre 2002 wurde das Notfallprogramm mit dem 1. Platz für Produkt-Innovationen im Bereich Versicherungen von dem Wirtschaftsmagazin „Capital“ ausgezeichnet. Hintergrund des Notfall-Programms ist, dass sich Notfälle nicht planen lassen, die dann erforderliche Hilfe jedoch sehr

wohl. Das Notfall-Programm garantiert den Kunden schnelle Hilfe bei allen denkbaren Notfällen, rund um die Uhr. Die Kunden erhalten eine Notfall-Card mit einer einzigen Telefonnummer für schnelle Hilfe. Die Rufnummern z. B. vom Krankenhaus, Notarzt, Tierpension oder Handwerkern braucht sich der Kunde in Zukunft nicht mehr zu merken. Ein Anruf genügt und es wird alles organisiert, was nötig ist, damit dem Kunden geholfen wird. In vielen Fällen wird nicht nur die Hilfe organisiert, sondern werden auch Kosten übernommen.

Das gleiche Produkt wird in Heft 12/2003 S. 222 von Richard Wagner, dem Vorstandsbevollmächtigten der Bayerischen Beamtenversicherungen (BBV) gegenüber dem BBB-Vorsitzenden Rolf Habermann so beschrieben:

Wagner: „... es ist gerade ein neues Produkt im dbb vorsorgewerk für eine immer wichtiger werdende Gruppe von Mitgliedern, nämlich den Senioren, aufgenommen worden. Das Notfallprogramm ist speziell auf die Anforderungen von Menschen zwischen 60 – 79 Jahren ausgerichtet und bietet vielfältige Hilfe bei Notfällen. Das mit dem Innovationspreis 2002 für Versicherungen der Zeitschrift „Capital“ ausgezeichnete Produkt wurde von unserem Unternehmen BBV entwickelt und bietet als echten Vorteil für dbb-Mitglieder 10 Prozent mehr Geldleistungen.“

Nähere Informationen enthält ein 4-seitiges Informationsblatt, das über die Service-Hotline-Nr.: 0180-5 14 00 71 (12 Cent/Min) oder das Service-Fax: 0180-5 14 00 61 (12 Cent/ Min.) angefordert werden kann

Beurteilung

- Die bei unverbesserlichen Optimisten immer noch glimmende Hoffnung, die Versorgungsempfänger könnten irgendwie doch noch auf den für die Aktiven längst angefahrenen Zug der staatlichen Förderung der sog. Riester-Rente springen, wird durch dieses Angebot nicht erfüllt und kann ohne gesetzliche Änderungen – und die sind

überhaupt nicht in Sicht – auch nicht erfüllt werden.

- Das Angebot hat grundsätzlich mit dem Standbein Riester-Rente nichts zu tun; es ist auch nicht an den Status Aktiver oder Versorgungsempfänger oder ein bestimmtes Alter gebunden. Die versicherten Tatbestände kommen jedoch im Alter häufiger vor bzw. ältere Betroffene sind hilfsbedürftiger – in-

sofern ist die Andienung an Senioren gerechtfertigt.

- Das Angebot scheint – so auch das Ergebnis der Rücksprache mit unserem VLB-Versicherungsbeauftragten Helmut Lang – Tel. 0931-661729 – seriös. Entscheidend ist – wie wohl bei allen freiwilligen Versicherungen – die Einschätzung des zu versichernden (Unfall-) Risikos.

Berthold Schuler

Wir danken in besonderem Maße für die harmonische Zusammenarbeit, die sicher nicht als selbstverständlich vorausgesetzt werden kann. Für den weiteren Lebensweg im wohlverdienten Ruhestand wünschen wir MR Adolf Tengg alles Gute, eine ausgezeichnete Gesundheit und viel Zeit, um seinen Hobbys nachkommen zu können. Dazu gehören der Besuch von Opern und Konzerten, insbesondere von Richard Wagner sowie Wandern und Klettern in den Bergen.

Um dies möglichst lange genießen zu können, sollte er die Erkenntnis des römischen Philosophen Seneca beherzigen, der schon vor 2000 Jahren gesagt hat: „Nicht lange, sondern genug zu leben sei unsere Sorge. Denn um lange zu leben, bedarfst du des Schicksals, um genug zu leben, deines Entschlusses.“

Heiko Pohlmann

Personalien

Ministerialrat Adolf Tengg im Ruhestand

Wenn jemand fast 20 Jahre ein Referat geleitet hat, gilt er wohl schon als Institution. So verhält es sich mit Ministerialrat Adolf Tengg, der von 1986 bis Ende Januar 2004 für die Lehrerbildung und Lehrerfortbildung im Kultusministerium, Abt. Berufliche Schulen, verantwortlich war. Hiermit verlässt jemand, die besagte Institution, seinen Schreibtisch, der mit sehr hohem Verantwortungsbewusstsein und immer auf der Suche nach einem für alle Beteiligten sinnvollen Kompromiss sein Referat geleitet hat.

Nach einem Ingenieurstudium/Elektrotechnik absolvierte er ein BWL-Studium mit dem Abschluss zum Diplom-Kaufmann, legte nach 6jähriger Tätigkeit in der Industrie die Ergänzungsprüfung für das Höhere Lehramt an kaufmännischen Schulen ab. Der schulische Weg führt über die Friedrich-List-Wirtschaftsschule in München zur Berufsschule in Freising. Inzwischen hatte er sich für die Tätigkeit des Mitarbeiters in der beruflichen Abteilung des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus und für die Arbeit in der Staatskanzlei qualifiziert.

Die Erfahrungen, die er in den Stationen seines beruflichen Lebens sammeln konnte, haben sicher dazu beigetragen, oft wenig überlegte Neuerungen oder hektische Betriebssamkeiten gelassener zu sehen. Ge-



schätzt haben wir an ihm, dass er immer wieder versucht hat, Sinn und Vorteil neuer Maßnahmen zu ergründen, alle Beteiligten in den Erarbeitungsprozess mit einzubinden, um dann die Entscheidung zu treffen, die für alle Beteiligten möglichst als Konsens gelten konnte.

Aufgeschlossen war er stets für die Anliegen, die Vertreter des VLB ihm vortrugen, insbesondere mit dem Ziel, die Lehrerbildung transparenter zu gestalten und zu verbessern. So ist gerade in seiner Amtszeit sehr Vieles geschehen, von dem die Studenten und Referendare heute profitieren. Anregungen kamen auch aus den jährlich stattfindenden Symposien, die der VLB für Studenten und Referendare veranstaltet. Vieles konnte in die Praxis umgesetzt werden. So z. B., dass sich die Referendare nach ihrem Vorbereitungsdienst direkt beim Schulleiter ihrer zukünftigen Schule bewerben können.

Ruhestand für Peter Boxdorfer

Schon im Juli des vergangenen Jahres wurde Peter Boxdorfer, der Leiter der Staatlichen Berufsschule Lauf in den Ruhestand verabschiedet.

Peter Boxdorfer besuchte nach einer Lehre zum Radio- u. Fernstechniker und der anschließenden Meisterprüfung das Berufspädagogische Institut in München.

Im September 1966 trat er das Referendariat an der Berufsschule 1 Fürth an, um 1968 zum Gewerbeoberlehrer ernannt zu werden. Dies sollte der Beginn einer 35 Jahre langen Tätigkeit im Schuldienst sein.

Als hervorragendem Lehrer wurden ihm bald Aufgaben als Fachbetreuer und als Seminarlehrer übertragen. Das Kultusministerium berief ihn dann zuerst als Referenten, und dann ab 1988 als Leiter des Sachgebietes 520 (gewerblich-technische berufliche Schulen) an die Regierung von Mittelfranken.

Seine Liebe zum Beruf des Lehrers und zur Schule bewogen ihn ab 1993 dazu, die Leitung der Berufsschule Lauf zu übernehmen. Mit Weitblick, dem Sachverstand des erfahrenen Päd-



dagogien und des exzellenten Fachmanns sowie mit einem weit über das Pflichtmaß hinausgehenden Engagement hat er seither die Berufsschule Lauf zu einer modernen leistungsfähigen Bildungsstätte weiterentwickelt.

Abteilungsleiter Scharff (Regierung v. Mittelfranken) erklärte in seiner Laudatio, dass Boxdorfer sich in seiner 35jährigen Amtszeit um das berufliche Schulwesen in Mittelfranken hohe Verdienste erworben hat und dankte ihm im Namen des Kultusministeriums für die geleistete wertvolle Arbeit.

Klaus Drotziger

Zur Verabschiedung von Werner Krauss-Pellens

Mit dem Ende des letzten Schuljahres wechselte ein verdientes Mitglied unseres Verbandes in die Freistellungsphase der Altersteilzeit: Werner Krauss-Pellens. Krauss-Pellens, seit 1971 Verbandsmitglied, unterrichtete an der Berufsschule für Großhandels- und Automobilkaufleute an der Münchener Luisenstraße.

In den 31 Jahren seiner Lehrer- und den 23 Jahren seiner Seminarlehrertätigkeit hat er sehr stark den Sozialkundeunterricht an beruflichen Schulen geprägt. Er gehörte mit zu den Pionieren, als 1979 die ersten Zweitfachseminare im kaufmännischen Bereich eingeführt wurden.

Wichtig war ihm immer, dass neben der fachlich-inhaltlichen Dimension insbesondere auch die für eine angehende Lehrerpersönlichkeit so wichti-

ge soziale und emotional-affektive Dimension gleichermaßen berücksichtigt wurde. Nach langer erfolgreicher Tätigkeit als Lehrer liegt es nahe zu fragen, was macht denn nun einen guten Lehrer aus, der all seine fachlichen und pädagogischen Kompetenzen, vor allem aber auch seine Persönlichkeit in die Lehrerausbildung so erfolgreich einbringen konnte? Antworten findet man z. B. bei Comenius: Zunächst sollte er „Menschenbildner“, ein „erlebens-, ehrenwerter, frommer, eifriger, fleißiger und kluger Mensch“ sein, der alle Aufgaben und Ziele seines Berufes, alle Mittel, die dazu nötig sind und den ganzen Reichtum der Methode kennt“. Und nach Diesterweg sollte der Lehrer ein „nachahmenswertes Beispiel in und außerhalb der Schule sein, Gewissenhaftigkeit und Berufstreue, vor allem aber über die „Ge-



sundheit und Kraft eines Germanen“ verfügen.

All das, einschließlich der „Gesundheit und Kraft eines Germanen“ hatte Krauss-Pellens. Genau das wünschen wir unserem langjährigen Mitglied auch für die Zukunft. *B. Zeller*

Personalien

Wir gratulieren im März ...

... zum 80. Geburtstag

Dübler, Heinz, 15.03.
93049 Regensburg, KV Regensburg
Göldner-Schneider, Anni, 02.03.
92318 Neumarkt, KV Neumarkt
Inderst, Christian, 09.03.
84032 Landshut, KV Landshut
Noppenberger, Franz, 24.03.
91074 Herzogenaurach, KV Mfr.-Nord
Schneider, Ernst, 11.03.
91522 Ansbach, KV Mfr.-Süd
Schöfer, Alois, 22.03.
94522 Wallersdorf, KV Donau-Wald
Virsik, Ladislaus, 10.03.
97074 Würzburg, KV Würzburg

... zum 75. Geburtstag

Entholzer, Jacob, 13.03.
84036 Landshut, KV Landshut
Fendt, Karl, 20.03.
86381 Krumbach, KV Nordschwaben
Kammerer, Wilfried, 15.03.
97762 Hammelburg, KV Main-Rhön
Koch, Walter, 12.03.
86609 Donauwörth, KV Nordschwaben

Leneis, Walter, 30.03.
94104 Tittling, KV Ndb.-Ost
Maier, Hubert, 08.03.
94469 Deggendorf,
KV Donau-Wald
Maurer, Irmgard, 12.03.
90571 Schwaig, KV Nürnberg

... zum 70. Geburtstag

Günther, Alfred, 28.03.
94227 Zwiesel, KV Donau-Wald
Dr. Heimerer, Leo, 02.03.
81247 München, BV München
Jäger, Doris, 18.03.
81377 München, BV München
Jüngling, Fritz, 26.03.
87600 Kaufbeuren, KV Allgäu
Kuntzsch, Karl, 02.03.
91541 Rothenburg, KV Mfr.-Süd
Ott, Heinrich, 30.03.
93051 Regensburg, KV Regensburg
Paulus, August, 04.03.
94474 Vilshofen, KV Ndb.-Ost
Dr. Peters, Burkhard, 07.03.
83278 Traunstein,
KV Traunstein-BGL
Zierl, Max, 13.03.
93080 Pentling, KV Regensburg

... zum 65. Geburtstag

Bader von Perbandt, Adolf, 22.03.
89257 Illertissen, KV Allgäu
Bayer, Josef, 25.03.
87490 Haldenwang, KV Allgäu
Böhm, Horst, 15.03.
81243 München, KV Obb.-Südwest
Boxdorfer, Peter, 30.03.
90571 Schwaig, KV Mfr.-Nord
Deppisch, Ottmar, 06.03.
63743 Aschaffenburg, KV Untermain
Huschka, Charlotte, 30.03.
97461 Hofheim, KV Main-Rhön
Janott, Jürgen, 09.03.
83278 Traunstein, KV Traunstein-BGL
Lechner, Reinhilde, 21.03.
94405 Landau, KV Landshut
Mayerhofer, Franziska, 10.03.
94107 Untergriesbach, KV Ndb.-Ost
Michel, Gisela, 17.03.
63864 Glattbach, KV Untermain
Rostek, Helga, 18.03.
95213 Münchberg, KV Ofr.-Nordost
von der Grün, Hermann, 07.03.
91301 Forchheim, KV Obb.-Nordwest

... zum 60. Geburtstag

Dr. Bärwinkel, Elfriede, 11.03.
85416 Langenbach, KV Obb.-Nordwest
Bentele, Karl-Heinz, 22.03.
87534 Oberstaufen, KV Allgäu
Christ, Walter, 28.03.
90513 Zirndorf, KV Mfr.-Nord
Hofbauer, Gerhard, 27.03.
84172 Buch am Erlbach, KV Landshut
Schimpf, Gerhard, 11.03.
74564 Crailsheim, KV Mfr.-Süd
Spiegel, Matthias, 02.03.
93152 Nittendorf, KV Regensburg
Spilzenberger, Leopold, 23.03.
94234 Viechtach, KV Donau-Wald
Strobel, Alfred Friedrich, 23.03.
91522 Ansbach, KV Mfr.-Süd
Winkler, Bernd, 17.03.
95326 Kulmbach, KV Ofr.-Nordwest

In den Ruhestand sind gegangen ...

Barthelmes, Traude, KV Untermain
Brückner, Jürgen, KV Bayreuth-Pegnitz
Diensthuber, Peter-Uwe, KV Landshut
Dotzler, Albert, KV Opf.-Nord
Fend, Maria, KV Augsburg
Gabriel, Heribert, KV Ndb.-Ost
Graf, Wilhelm, BV München

Guttman, Josef, KV Würzburg
Harter, Annemarie, KV Augsburg
Krumpholz, Kurt, KV Nordschwaben
Kurz, Hans, KV Regensburg
Lang, Herbert, KV Mfr.-Nord
Meßbacher, Elisabeth, KV Nordschwaben
Ott, Rosalie, KV Donau-Wald
Paterok, Heidi, KV Regensburg
Plenk, Thomas, BV München
Reger, Hans, KV Opf.-Nord
Tröster, Erhard, KV Allgäu
Tyroller, Hans, BV München
Wurm, Karl-Heinz, KV Traunstein-BGL

Wir trauern um ...

Fraunhofer, Josef,
KV Traunstein-BGL (76)
Jilg, Rudolf,
KV Rosenheim-Miesbach (81)
Ostermayr, Peter, KV Augsburg (58)
Pfau, Wilhelm, BV München (91)
Zellner, Anton, KV Würzburg (82)

Termine**VLB – Fachtagung: FG Religion
Das Weltethos-Projekt
als Wertefundament in der
Berufsschule**

Termin: Samstag, 13. März 2004, ab
9.30 – 16.30 Uhr,
Ort: Berufsschule 3, Sulzbacher
Straße 102, 90317 Nürnberg

Programm:

Begrüßung.

Referate:

**Das Weltethos-Projekt – Inhalt und
Bedeutung für die Berufsschule, Prof.
Dr. J. Lähnemann.**
**Das Weltethos-Projekt als Wertefun-
dament im Entwicklungsprozess der
B3, Dr. Manfred Müller.**

Workshops:

1. Entwicklung von Unterrichtsstunden zum Weltethos mit Berufsbezug.
2. Das Weltethos-Projekt als Leitkonzept in der Hausordnung.
3. Schülermediation – Ein Modell auf der Basis der „Vier ethischen Weisungen“.
4. Kollegiale Beratung – Ein Modell zur Förderung von Achtung, Solidarität und Toleranz im Kollegium.
5. Austausch von eigenen Erfahrungen mit Werteerziehung an der Berufsschule.

Zusammenfassung der Tagung

**Anmeldung mit Wahl des Workshops
bitte bei:** Dr. Manfred Müller, Direk-
torat B3, Sulzbacher Straße 102,
90317 Nürnberg, E-Mail: b3@or4mr3.
stadt.nuernberg.de
Tel: 0911-231-28 10 und 55 81 24,
Fax: 0911-55 81 49

Teilnehmergebühr: 10 Euro;
für VLB-Mitglieder kostenlos. Anrei-
se: www.berufsschule3-nbg.de

**Informationsveranstaltung
für mittelfränkische
Kontaktkollegen/innen**

Termin: Samstag, 6. März 2004
10.00 – ca. 15.30 Uhr

Ort: Landhotel Seerose, Gräfen-
weg 13, 90579 Langenzenn-
Horbach

Folgende Tagesordnungspunkte sind
vorgesehen:

- Die Arbeit als VLB-Kontaktkolle-
ge/kollegin, Horst Lochner, Bezirks-
vorsitzender
- Die aktuelle bildungspolitische Si-
tuation/Aktivitäten des VLB, Hans
Käfler, stellv. Landesvorsitzender
- Aufgaben, Ziele und Möglichkeiten
einer Verbandszeitschrift, Martin Ruf,
Redaktion VLB-akzente

Gerade in schwierigen Zeiten ist eine
effektive Interessensvertretung be-
sonders wichtig. Als Vertreter/in vor



Die Stadt Regensburg sucht zum Schuljahr 2004/2005
für die städtische Berufsschule I für Metall- und Elektrotechnik

Studienrätinnen/Studienräte

mit der Befähigung für das höhere Lehramt an beruflichen Schulen für die Berufsfelder Metall- und Elektrotechnik.

Gesucht werden junge engagierte Lehrkräfte, die den Weg einer modernen Schulentwicklung mitgehen, team- und handlungsorientiert unterrichten, fach- und sozialkompetent sind, zeitgemäße Medien im Unterricht einsetzen können und mit ihren kreativen Ideen die Qualität der Beruflichen Schule I fördern. Es wird erwartet, dass sich die Bewerberin/ der Bewerber auch außerhalb ihrer unterrichtlichen Tätigkeit für die Schulgemeinschaft engagieren.

Die zu besetzenden Stellen sind nach Besoldungsgruppe A 13/A 14 ausgewiesen. Schwerbehinderte werden bei gleicher Eignung bevorzugt berücksichtigt. Die Bewerbung von Frauen ist ausdrücklich erwünscht. Die Stadt Regensburg berücksichtigt Kompetenzen aus Familienarbeit und sozialer Tätigkeit bei Personalentscheidungen. Aussagen hierzu sind in der Bewerbung erwünscht.

Bewerbungen mit aussagefähigen Unterlagen (Lebenslauf, Lichtbild, Ausbildungs- und Arbeitszeugnisse etc.) bitten wir bis spätestens **31. März 2004** an das Personalamt der Stadt Regensburg, Postfach 11 06 43, 93019 Regensburg, zu senden.



Die Stadt Regensburg sucht für die Berufliche Schule I ab 1. August 2004

eine Schulleiterin / einen Schulleiter

Die Berufliche Schule I wird von ca. 2900 Schülerinnen und Schüler der Ausbildungsrichtungen Metall- und Elektrotechnik besucht.

Gesucht wird eine verantwortungsfreudige, zielstrebige Persönlichkeit mit entsprechender Berufserfahrung sowie ausgeprägten Führungsqualitäten. Erwartet wird die Fähigkeit zu analytischem und strategisch ausgerichtetem Denken. Organisationstalent, Kommunikationsvermögen sowie überdurchschnittliche Einsatzbereitschaft.

Es können sich gut qualifizierte Lehrkräfte des höheren Dienstes mit der Befähigung für das Lehramt an Beruflichen Schulen in der Fachrichtung Metalltechnik oder Elektrotechnik bewerben. Erfahrung in einer Schulverwaltungsfunktion ist nachzuweisen. Die Stelle ist nach Besoldungsgruppe A 16 bewertet.

Schwerbehinderte werden bei gleicher Eignung bevorzugt berücksichtigt. Die Bewerbung von Frauen ist ausdrücklich erwünscht. Die Stadt Regensburg berücksichtigt Kompetenzen aus Familienarbeit und sozialer Tätigkeit bei Personalentscheidungen. Aussagen hierzu sind in der Bewerbung erwünscht.

Bewerbungen mit aussagefähigen Unterlagen (Lebenslauf, Lichtbild, Ausbildungs- und Arbeitszeugnisse etc.) bitten wir bis spätestens **27. Februar 2004** an das Personalamt der Stadt Regensburg, Postfach 11 06 43, 93019 Regensburg, zu senden.

Ort nehmen Sie hier eine Schlüsselstelle ein. Damit Sie auch in Zukunft sicher und souverän diese Aufgabe wahrnehmen können, möchten wir Sie auch zu Beginn dieses Jahres wieder aus erster Hand mit Informationen versorgen. Ein wichtiges Ziel dieser Veranstaltung ist es, mit Ihnen ins Gespräch zu kommen und Ihre Wünsche und Anregungen zu erfahren.

Auf Ihren Besuch freut sich der Bezirksvorsitzende Horst Lochner.

Für Sie Persönlich

Riester-Rente – rentabel für fast alle

So wurde ein Artikel der Stiftung Warentest in der Zeitschrift Finanztest überschrieben. Zusammenfassend wird dort ausgesagt, dass die Riesterrente den meisten Sparern hohe Renditen bringt, und sich nicht nur für kinderreiche Familien mit niedrigem Einkommen lohnt.

Besonders für Sparer ab 40 Jahren, gibt es kaum eine bessere Anlageform, da aufgrund der kurzen Laufzeit, der Zinseszinsseffekt herkömmlicher Sparformen, die bei der Riesterrente gewährte staatliche Förderung nicht überbieten kann. Kinder wirken sich besonders bei kleinen und mittleren Einkommen positiv auf die Rendite aus. Bei hohen Einkommen gilt, je mehr sie verdienen, desto höher fällt die Förderung aus, desto höher ist die Förderrendite bei kurzen Laufzeiten.

Aber überprüfen Sie Ihre Riesterangebote selbst. Finanztest hilft ihnen, die Förderrendite für jeden Riestervertrag zu berechnen. Im Internet stellt Finanztest kostenlos einen Rechner zur Verfügung. Sie finden den Rechner unter www.finanztest.de/downloads.
Helmut Lang

Wir optimieren Ihre Versicherungen



Unabhängiger Versicherungsmakler



Kompetenz und Erfahrung
Versicherungs
Kontor

Inh.: Elke Wiedmann

Kister Straße 34
97204 Höchberg

Tel.: 0931 / 92353 - Mob: 0172 / 6612918 - FAX: 0931 / 960419
E-Mail: peter.wiedmann@t-online.de

z.B. errechnen wir Ihre Riester-Rente

Die Riester-Rente lohnt sich.

Sie bringt den meisten Sparern hohe Renditen.

Ideal auch für AZUBI'S, die mit geringer Eigenbeteiligung durch Zulagen und Steuervorteilen eine respektable Zusatzrente erzielen können.

Sozialversicherungsdaten für 2004

	Alte Bundesländer	Neue Bundesländer
Gesetzliche Rentenversicherung		
Beitragsbemessungsgrenze		
– jährlich	61 800,00 Euro	52 200,00 Euro
– monatlich	5 150,00 Euro	4 350,00 Euro
Beitragssatz	19,5 %	19,5 %
Arbeitslosenversicherung		
Beitragsbemessungsgrenze		
– jährlich	61 800,00 Euro	52 200,00 Euro
– monatlich	5 150,00 Euro	4 350,00 Euro
Beitragssatz	6,5 %	6,5 %
Gesetzliche Krankenversicherung		
Beitragsbemessungsgrenze		
– jährlich	41 850,00 Euro	41 850,00 Euro
– monatlich	3 487,50 Euro	3 487,50 Euro
Versicherungspflichtgrenze		
– jährlich	46 350,00 Euro	46 350,00 Euro
– monatlich	3 862,50 Euro	3 862,50 Euro
Versicherungspflichtgrenze nur für Arbeitnehmer, die am 31.12.2002 PKV-versichert waren		
– jährlich	41 850,00 Euro	41 850,00 Euro
– monatlich	3 487,50 Euro	3 487,50 Euro
Höchstzuschuss des Arbeitgebers	249,36 Euro	249,36 Euro
Soziale Pflegeversicherung		
Beitragsbemessungsgrenze		
– jährlich	41 850,00 Euro	41 850,00 Euro
– monatlich	3 487,50 Euro	3 487,50 Euro
Beitragssatz	1,7 %	1,7 %
Höchstbeitrag mtl. ¹	59,28 Euro	59,28 Euro
Bezugsgrößen		
Renten- und Arbeitslosenvers.	2 415,00 Euro	2 030,00 Euro
Kranken- und Pflegeversicherung	2 415,00 Euro	2 415,00 Euro
Einkommensgrenzen		
– für geringfügig Beschäftigte (Minijobs)	400,00 Euro	400,00 Euro
– Auszubildende	325,00 Euro	325,00 Euro
– Familienversicherung	345,00 Euro	345,00 Euro
kurzfristige Beschäftigung	versicherungsfrei, wenn max. 50 Arbeitstage oder 2 Monate je Kalenderjahrsversicherungs	

¹ Arbeitnehmer- und Arbeitgeberanteil

Autorenverzeichnis

Jilg, Ellen

WS, Wippenhauer Str. 62,
85354 Freising,
Tel.: 0 81 61-2 34 66

Käfler, Hans

stellvertr. VLB-Landesvorsitzender
Jakob-Endl-Str. 10a, 9432 Passau,
Tel.: 0851-9 59 13 04

Krahmer, Hans

BS, Goethestr. 6, 91443 Scheinfeld,
Tel.: 09162-5 56

Lambl, Wolfgang

VLB-Dienstrechtsreferent
Gramschatzer Ring 6, 97222 Rimpar,
Tel.: 09363-52 78

Mair, Robert

BS, Elisabethplatz 4, 80796 München,
Tel.: 089 271-37 15

Mohr, Heribert

BS, Stockerhutweg 51, 92637 Weiden,
Tel.: 0961-206-0

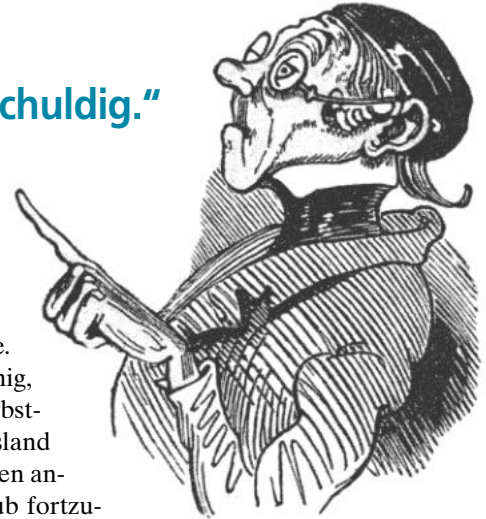
Müller, Daniela

BSZ, Glätzlstr. 29, 92421 Schwandorf,
Tel.: 09431-72 80

Schulter, Berthold

VLB-Seniorenbeauftragter
Weitlstr. 66, 80935 München,
Tel.: 089-38 58 40 84

Lehrer Lämpel: „Ich bekenne mich schuldig.“



Winzer sind schuld am Alkoholismus. Richter an zunehmenden Autodiebstählen, Ärzte an den vielen Krebstoten und die Lehrer an der „neuen“ Bildungsmisere. Ja, auch ich bin schuldig. Unfähig, faul und ausgebrannt. In den Herbstferien bin ich ins benachbarte Ausland gefahren, anstatt mich – wie in allen anderen Berufen üblich – im Urlaub fortzubilden. Im letzten Monat habe ich häufig Frontalunterricht veranstaltet und keine Stuhlkreise gebaut. Wo doch bereits eine

veränderte Sitzordnung und die Gruppenarbeit mit den gipfelnden und stänkernden Nachbarn einen enormen Lernzuwachs bedeuten. Nicht immer habe ich motivierende Extra-Aufgaben und fächerübergreifende Projekte für meine Hochbegabten, für die Schüler nichtdeutscher Herkunftssprache, für die Legastheniker und die an Aufmerksamkeitsstörungen Leidenden entwickelt.

Tatsächlich müssen die 32 Schülerinnen und Schüler meiner Klasse einfach oft zur gleichen Zeit dasselbe tun. Ich weiß, das ist entsetzlich und hemmt ihren Lernzuwachs so sehr, dass sie weit hinter irgendwelchen Schwellenländern auf der Strecke bleiben. Auf dem ersten Elternabend höre ich viele Vorwürfe, weil ich meine Hausaufgaben nicht erledigt habe: die Gewaltbereitschaft in der Klasse zu dämpfen, erfolgreiche Prävention gegen Sucht und Suchtmittel zu betreiben, religiöse und politische Toleranz zu erkämpfen, für die Chancengleichheit der Mädchen und der sozial Benachteiligten und für eine wirksame Aids-Prophylaxe zu sorgen. Noch immer fehlen etlichen rudimentärste Umgangsformen und Ausdrucksmittel. Ihr Bewegungsapparat verkümmert unter meiner Aufsicht. Trotz meines fetten Gehalts und der vielen Ferien ist es mir bisher nicht gelungen, die schlechten Ernährungsgewohnheiten meiner Schüler zu verändern, das Schulhaus zu renovieren und Schulfremde fern zu halten. Manchmal schaffe ich es einfach nicht als Medienclown durch die Klasse zu wirbeln, um sekundenlang mit den Fernsehgewohnheiten der lieben Kleinen konkurrieren zu können.

Mein Unterricht und die Sprachfähigkeit der mir ausgelieferten Schüler wären mit Sicherheit besser, wenn der Schulrat öfter zur Kontrolle vorbeikäme und ich mich mehr von begnadeten außerschulischen Experten fortbilden ließe – durch Selbstevaluation und Selbstmotivation zur Selbstkompetenz. Stattdessen quäle ich mich mit Selbstvorwürfen, wenn im Treppenhaus der Schulleiter vorwurfsvoll mit dem Lehrplan wedelt. Wenn ich mich zwölf Stunden täglich in vollen Klassen und engen Lehrerzimmern herumdrücken würde, wäre der Erfolg deutscher Bildungseinrichtungen in internationalen Vergleich immens! Und wie in allen übrigen Berufen erhöhen sich Leistungsbereitschaft und Motivation der Beteiligten erheblich durch regelmäßige Arbeitszeiterhöhungen, verstärkte Kontrollen, Weihnachtsgeldkürzungen und öffentliche Beschimpfungen. Wir Lehrer müssen uns endlich ein bisschen mehr bemühen! Woran sollte der Bildungsnotstand sonst liegen?

Lehrer Lämpel